

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Deinhardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinbrenner, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die viergespalt. Petitzeile oder deren Raum 80 Pfg.
Vergütungsangelegen und Arbeiterermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Der Umzug des Bureau des Verbandsvorstandes und der Holzarbeiter-Zeitung von Stuttgart nach Berlin hat am 17. September begonnen. Von diesem Tage ab sind alle Sendungen an die neue Adresse

Berlin C 2, Neue Friedrichstraße 2 IV

zu richten. Wir ersuchen in der Folge, um Verzögerungen oder Schwierigkeiten in der Zustellung zu vermeiden, für Sendungen an uns nunmehr nur die nachstehenden Adressen zu benutzen.

Der Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes:

Vorsitzender: Theodor Leispart, Berlin C 2, Neue Friedrichstraße 2 IV.

Hauptkassierer: Fritz König, Berlin C 2, Neue Friedrichstraße 2 IV.

Redaktion und Expedition der Holzarbeiter-Zeitung:

Redaktion: Ernst Deinhardt, Berlin C 2, Neue Friedrichstraße 2 IV.

Expedition: Eduard Steinbrenner, Berlin C 2, Neue Friedrichstraße 2 IV.

Redaktion und Expedition des Fachblatt für Holzarbeiter:

Redaktion: Ernst Deinhardt, Berlin C 2, Neue Friedrichstraße 2 IV.

Expedition: Mich. Kayser, Berlin C 2, Neue Friedrichstraße 2 IV.

Handelspolitik und Arbeiterklasse.

G. W. Wörtlich genommen ist Handelspolitik derjenige Teil der Politik, der den Handel betrifft. Aber der Sprachgebrauch hat die Bedeutung des Wortes teilweise ausgedehnt, teilweise eingengt. Denn die Handelspolitik bezieht sich ebenso sehr auf das Gewerbe als auf den Handel selbst, ja sie berührt sogar empfindlich die Landwirtschaft. In diesem außerordentlich weiten Sinne umfaßt die Handelspolitik — auch wenn wir die Landwirtschaft beiseite lassen — doch sowohl die staatlichen Maßnahmen, die Handel und Gewerbe beeinflussen, als auch alle Bestrebungen, die eine staatliche Tätigkeit in bezug auf Handel und Gewerbe zu erreichen suchen. Man unterscheidet aber bei der riesigen Ausdehnung dieses Gebietes eine innere und eine äußere Handelspolitik, die freilich immer in einem sehr engen Zusammenhang stehen, und der Sprachgebrauch hat es nur mit der letzteren, der äußeren Handelspolitik zu tun. Diese äußere Handelspolitik beschränkt sich auf die Regelung des Außenhandels (während die innere Handelspolitik über die Regelung des Binnenhandels weit hinausgeht), übt aber doch mittelbar tiefgehende Wirkungen auf Gewerbe und Landwirtschaft aus. Im folgenden wird unter dem Worte Handelspolitik lediglich diese äußere Handelspolitik gemeint sein.

Die Handelspolitik unterwirft also den Handelsverkehr zwischen dem eigenen und den fremden Staaten gewissen Bestimmungen, deren wichtigste in das Gebiet der Zölle fallen. Sie kann in verschiedener Art Stellung nehmen: entweder sie sieht keinerlei Beschränkungen vor, dann bekennet sie sich zum System des Freihandels, oder sie sucht den Absatz der eigenen Waren gegen die auswärtige Konkurrenz durch Zölle zu schützen, dann zieht sie die Schutzpolitik vor, oder sie sucht einen Mittelweg einzuschlagen: sie setzt zwar Zölle fest, vereinbart aber mit den anderen Staaten bestimmte Bevorzugungen auf Gegenseitigkeit; dieser Mittelweg ist der Weg der Handelsverträge.* Diese letzte, heute durchweg vorherrschende Politik der Handelsverträge kann aber selbst wieder entweder eine zöllnerische oder eine freihändlerische Tendenz haben, so daß man sehr wohl von Schutzzöllnern spricht, die Handelsverträge mit hohen Zöllen wollen, und von Freihändlern, die Handelsverträge mit niedrigen Zöllen wollen.

Die Bedeutung der Handelspolitik für die Arbeiterklasse tritt bei besonderen Anlässen scharf in die Erscheinung. Der lange und heftige Kampf gegen den neuen Zolltarif ist ja noch in aller Erinnerung. Aber auch in ruhigen Zeiten, wenn Änderungen in der Handelspolitik nicht bevorstehen, gebührt ihr ernste Beachtung, schon deshalb, weil in Kriegs-

perioden die Interessen der Arbeiterklasse an der Handelspolitik nur zum Teil hervorgehoben werden können. Die nächstliegenden Interessen sollen auch hier nicht übersehen werden, aber aus einer vollständigen Darlegung dürfte sich wohl ergeben, daß die weniger zutage liegenden nicht minder wichtig sind, ja daß gerade sie das Wesen der Arbeiterbewegung und ihre letzten Ziele in hervorragendem Maße betreffen.

Der Einfluß der Handelspolitik auf die Gestaltung der Warenpreise weist die Arbeiterklasse am ehesten auf ihre Interessen hin, und er ist ja auch schon sehr viel und eingehend gerade in der letzten Zollkampagne erörtert worden. Es ist der Standpunkt des Konsumenten, den der Arbeiter bei der Untersuchung dieser Wirkung der Handelspolitik einnimmt, und daher ist auch sein Interesse in diesem Punkte durchaus identisch mit dem Interesse der Angehörigen zahlreicher anderer sozialer Schichten. Dem Abnehmer einer Ware muß es ja am angenehmsten sein, wenn diese Ware in möglichst großen Quantitäten auf den Markt geworfen wird, damit ihr Preis möglichst gedrückt werde. Daher wird er so sehr an gleiche Bedingungen bei internationalen Handelsverträgen ansetzen, als eine ungehinderte Einfuhr der fremden Ware in das eigene Land ist der Wunsch, den er an die Handelspolitik stellt. Das ist namentlich der Fall bezüglich derjenigen Waren, die im Inland nicht in der für die eigene Bevölkerung genügenden Menge oder Qualität erzeugt werden, was in Deutschland vornehmlich bei den notwendigsten Lebensmitteln, besonders Getreide und Vieh, der Fall ist. Bei diesen Waren steigt nicht nur der Preis, wenn ein Überangebot, das früher bestand, beseitigt wird, sondern die Unzulänglichkeit der heimischen Produktion erzwingt noch eine gewisse Einfuhr. Der Preis der eingeführten Waren wird aber natürlich um den Zoll erhöht, und es ist leicht begreiflich, daß die Preise der inländischen Erzeugnisse auf den gleichen Stand gebracht werden. Allerdings ist diese Frage nicht ganz so einfach, wie es auf den ersten Blick scheint. In sie hinein spielt nämlich noch eine zweite Frage: die des Ausgleichs der Preise durch erhöhte inländische Produktion.

Es gibt aber für die Arbeiterklasse nicht nur einen Konsumenten-, sondern auch einen Produzentenstandpunkt. Sie ist an der Lage von Handel und Gewerbe lebhaft interessiert und bevorzugt eine Politik, die Arbeitslosigkeit vermeidet oder wenigstens nicht mutwillig hervorruft, wo sie der natürliche Gang der Wirtschaft nicht selbst erzeugt. Aber das Interesse, das der Arbeiter als Produzent an der Handelspolitik hat, gibt es aber zwei durchaus gegensätzliche Auffassungen, zwischen denen freilich die Wahl nicht schwer ist. Die einen, die Freunde hoher Zölle sind, sprechen vom „Schutze nationaler Arbeit“ und behaupten, daß durch den Ausschluß der fremden Industrie vom eigenen Markte die deutsche Industrie und der deutsche Handel allein seine Herren wären, daher viel mehr zu tun und zu verdienen hätten. Infolgedessen hätten auch die Arbeiter keine Absatz- und Produktionsstörung und daher keine Arbeitslosigkeit zu befürchten. Diese Auffassung berücksichtigt, wie leicht erkennbar ist, nur den Inlandsmarkt, kümmert sich aber gar

nicht um den Export, den die deutsche Industrie betreibt. Darauf weist gerade die zweite Auffassung hin, indem sie so urteilt: Wir erschweren den Russen und Österreichern den Verkauf ihrer landwirtschaftlichen Produkte, sie wehren sich, indem sie uns unsere Industrieprodukte nicht mehr abnehmen. Also: geringerer Export der deutschen Industrie, geringere Beschäftigung und Arbeitslosigkeit. Um die Wahl zu treffen zwischen diesen beiden Auffassungen, muß die Frage entschieden werden: Ist der Inlandsmarkt oder der Auslandsmarkt für Handel und Gewerbe wichtiger?

Es soll gleich hervorgehoben werden, daß eine allgemein gültige Beantwortung dieser Frage nicht möglich ist. Vielmehr muß gesagt werden: das ist nach Zeit und Ort verschieden. Für Deutschland selbst aber ist die Erhaltung des Auslandsmarktes bedeutend wichtiger als der Schutz des Inlandsmarktes. Das liegt — wie in einem späteren Artikel noch eingehender nachgewiesen werden wird — an dem Grade der Entwicklung und der Stärke seiner Industrie, die ohne genügenden Export selbst bei strengem Schutze des Inlandsmarktes weniger produzieren muß als bisher.

Die beiden Fragen — Gestaltung der Warenpreise und Lage von Handel und Gewerbe —, deren Bedeutung für die Arbeiterklasse hier skizziert worden ist, sind den Lesern nicht neu. Sie erörtern ja auch die unmittelbaren und greifbarsten Interessen der Arbeiterklasse an der Handelspolitik. Anders ist es aber mit der Wirkung der Handelspolitik auf die allgemeine Entwicklung der Wirtschaft. Und doch hat die Arbeiterklasse gerade von diesem Gesichtspunkt aus das größte Interesse an der Handelspolitik, da sie, so betrachtet, auf die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft, deren Voraussetzung doch die Entfaltung des Kapitalismus ist, einen starken Einfluß ausübt. Auch dieses Problem soll in seiner weitverzweigten und komplizierten Fassung hier nur angedeutet werden, seine gründliche Erörterung aber noch vorbehalten sein.

Die Geschichte der Handelspolitik führt uns durch verschiedene Systeme hindurch, die sich im Laufe der Zeit, abgesehen von Rückschlägen und Reaktionen, ziemlich regelmäßig und sicher abgelöst haben. Diese Entwicklung der Handelspolitik ist durchaus nichts Zufälliges, vielmehr ist sie der Entwicklung der Produktionsweise streng gefolgt. Es läßt sich also eine natürliche, notwendige Tendenz der Handelspolitik in großen Zügen bestimmen. Insbesondere erfordert die kapitalistische Produktionsweise eine freie Handelspolitik. Das liegt, kurz gesagt, an der Schaffung der großen Betriebe, der Verringerung der Zahl der Betriebe und an der durch diese Erscheinung hervorgerufenen Entfernung des Konsumtionsortes vom Orte der Produktion. Die Bedürfnisse, die an einem Flecke in der Schweiz vorhanden sind, finden ihre Befriedigung in Produkten des Rheinlandes. Möglichst ungehinderten Handelsverkehr verlangt also der Kapitalismus zu seiner Entfaltung. Sind aber in einem Staate wie gerade in Deutschland die reaktionären Mächte noch stark genug, um in der Periode des Kapitalismus ein Schutzollsystem durchzusetzen, so wirkt diese Politik wieder auf die Entwicklung des Kapitalismus hemmend zurück, und solche Störungen des natürlichen Ganges der Gesellschaft muß die Arbeiterklasse zu vereiteln suchen, weil sie gleichzeitig die Durchführung des Sozialismus verzögern. Demnach hat in dieser grundsätzlich wichtigen Beziehung die Arbeiterklasse ein vitales Interesse an einer freien Handelspolitik.

Aus dieser kurzen Darlegung geht wohl hervor, in welchen drei Hauptpunkten die Interessen der Arbeiterklasse von der Handelspolitik tangiert werden. In einigen weiteren Artikeln wird die mehrfach versprochene eingehendere Erörterung der wichtigsten Fragen vorgenommen werden.

Ein amtliches Buch über die Tarifverträge.

b. Die amtliche Arbeit über die Weiterbildung des Tarifvertrags im Deutschen Reich enthält, wie wir schon in einem früheren Artikel erwähnten, ein interessantes Literaturverzeichnis, und zwar über die volkswirtschaftliche Literatur des Tarifvertrags, über die gewerkschaftliche Tarifstatistik, über die Veröffentlichungen von Tarifmaterial, über die Publikation der Unternehmer, weiter eine Übersicht über die rechtswissenschaftliche Literatur. Dann werden angeführt das niederländische Gesetz über den Arbeitskontrakt, die von uns schon behandelten Bestimmungen der neuen österreichischen Gewerbeordnung über den kollektiven Arbeitsvertrag im Kleingewerbe und endlich der Entwurf des italienischen Gesetzes. Ein letzter Abschnitt der Bibliographie behandelt die Statistik der Tarifverträge.

* Es gibt auch Handelsverträge, die keine besonderen Festsetzungen der Zölle enthalten, das sind die sogenannten Meistbegünstigungsverträge. So haben zum Beispiel Frankreich und das Deutsche Reich auf dem Frankfurter Frieden sich gegenseitig zugesichert, daß für ihren Handelsverkehr immer die niedrigsten Zölle gelten haben sollen, die sie irgend einem anderen Staate gewähren. Übrigens bestand derselbe Vertrag seit 1862 zwischen Frankreich und Preußen und seit 1865 zwischen Frankreich und dem deutschen Zollverein.

Zum Interessantesten in dieser in hohem Maße bemerkenswerten Veröffentlichung gehört die Statistik der Tarifverträge. Aus ihr ersieht man vor allem, daß die der Generalkommission der Gewerkschaften angeschlossenen Organisationen mehr als 90 Prozent aller Tarifverträge zustande gebracht haben, so daß man in noch höherem Maße als auf Grund der Mitgliederstatistik die relative Bedeutungslosigkeit der uns feindlichen Gewerkschaften erkennen kann.

Ein weiteres bedeutungsvolles Ergebnis der Statistik ist die Feststellung, daß die überwiegend große Anzahl von Tarifverträgen für diejenigen Berufsgruppen in Betracht kommt, in denen der Klein- und Mittelbetrieb vorherrscht. Noch nicht 9 Arbeiter kommen im Durchschnitt auf den durch tarifliche Abmachungen gebundenen Gewerbebetrieb. Nur ganz wenige kleine Berufsgruppen zeigen eine Durchschnittszahl von über 20 Arbeitern. In der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe entfielen auf einen tariflich gebundenen Betrieb im Durchschnitt nicht mehr als 5,5 Arbeiter. Diese niedrige Zahl erklärt sich freilich aus dem Umstand, daß im Jahre 1906, auf welches Jahr sich diese Statistik allein bezieht, Orte mit hochentwickelter Industrie nur in geringer Anzahl zum Tarifabschluß gelangten, dann weiter aus dem Umstand, daß von den 28 761 Arbeitern, für die Tarifverträge abgeschlossen wurden, 21 360 Tischler waren, die in 4624 Betrieben beschäftigt waren, so daß bloß 4,6 Arbeiter auf einen Betrieb dieser Hauptgruppe der Holzindustrie kamen. Noch schwächer, nämlich mit 4,1 Arbeitern auf den Betrieb, erscheinen die Korbmacher, und am schwächsten, mit 2,6 Arbeitern auf den Betrieb, die Drechsler in der Statistik. Alle anderen Berufsabteilungen der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe erscheinen mit viel größeren Durchschnittszahlen für den Betrieb in der Statistik, aber man darf hieraus nicht allzu weitgehende Schlüsse ziehen, weil es sich nur um eine sehr geringe Anzahl von Betrieben handelt, die durch diese Tarifverträge gebunden wurden, so bei den Schulleistensarbeitern ein Betrieb mit 22 Arbeitern, bei den Pantinenarbeitern zwei Betriebe mit 64 Arbeitern, bei den Leistenarbeitern zwei Betriebe mit 130 Arbeitern, bei den Knopfarbeitern drei Betriebe mit 61 Arbeitern. Hier kommen also die Durchschnittszahlen, die man sich leicht berechnen kann, nicht ernsthaft in Betracht. Die übrigen Durchschnittszahlen, die wir hier erwähnen wollen, sind die der Holzarbeiter im allgemeinen, mit Ausschließung der besonders bezeichneten Branchen, wo im Durchschnitt 11,7 Arbeiter auf den Betrieb entfielen, die Bürstenmacher mit 10,8 Arbeitern, die Stock- und Schirmmacher mit 25,7 Arbeitern, die Parfettarbeiter mit 15,8 Arbeitern, die Korzarbeiter mit 11,9 Arbeitern, die Treppengeländerarbeiter mit 20,6 Arbeitern. Neben den Tischlern, die wir schon erwähnt haben, haben bloß die „Holzarbeiter“ mit 4343 Arbeitern in 372 Betrieben eine größere Anzahl aufzuweisen. Von den übrigen Berufsgruppen sind die höchsten die der Stock- und Schirmmacher mit 696 Arbeitern und die Treppengeländerarbeiter mit 660 Arbeitern. Alle übrigen Berufsgruppen betreffen nur weniger als 400 Arbeiter.

Die Durchschnittszahl von 5,5 Arbeitern auf einen Betrieb, die für die Holzindustrie festzustellen ist, wird nur noch unterboten von der Kunst- und Handwerksindustrie mit 3,5 Arbeitern und von der Industrie der Nahrungs- und Genussmittel mit 3,1 Arbeitern. Unter 10 Arbeitern im Durchschnitt zeigen sich außer bei den schon angeführten Gewerbegruppen merkwürdigerweise in der Industrie der Maschinen, Instrumente, Apparate, wo 9,8 Arbeiter auf den Betrieb kommen, und wo die neuen Tarife der Stellmacher die Durchschnittszahl sehr herabdrücken. Im Bekleidungsgebiete kommen 7,0, im Baugewerbe 7,7, im polygraphischen Gewerbe 9,6 Arbeiter im Durchschnitt auf einen Betrieb. 10 bis 15 Arbeiter im Durchschnitt auf den Betrieb finden wir in folgenden Gewerbegruppen: In der Industrie der Steine und Erden 13,4, in der Metallverarbeitung 10,9, im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe 12,1 Arbeiter. Hierzu kommen noch die Transportgewerbe mit 14,6 Arbeitern, 15 bis 25 Arbeiter finden wir nur in der Papierindustrie, wo 22,6, in der Lederindustrie, wo 17,0, im Handwerksgebiete, wo 19,8 Arbeiter auf den Betrieb berechnet wurden. Über 25 Arbeiter auf den Betrieb finden wir endlich in zwei Berufsgruppen, und zwar wirkliche Großbetriebe in der chemischen Industrie 103,5 Arbeiter, in der Textilindustrie 86,2 Arbeiter auf den Betrieb, aber es sind nur 2 Betriebe in der chemischen Industrie, nur 85 in der Textilindustrie, wo diese relativ erheblichen Durchschnittszahlen zu berechnen sind, die aber von dem unsere Entwicklung charakterisierenden Niefenbetrieb noch weit entfernt sind. Betriebe mit einer Durchschnittszahl von über 100 Arbeitern finden wir, abgesehen von der Gewerbegruppe der chemischen Industrie, nur noch in der Berufsart der Elektromonteur, wo bei 11 tariflich im Jahre 1906 gebundenen Betrieben die Durchschnittszahl von 107 Arbeitern zur Feststellung gelangte. Berufsarten, in denen im Jahre 1906 die Durchschnittszahl der Arbeiter in tariflich gebundenen Betrieben 50 bis 100 betrug, kamen auch nur ganz vereinzelt vor. Wir zählten insgesamt nur 131 Betriebe dieser Art im Deutschen Reiche.

Freilich würden wir aus diesen etwas bedrückenden Zahlen noch nicht den Schluß ziehen dürfen, daß der Tarifvertrag sich nur für den Klein- und Mittelbetrieb eignet, daß seine Ausdehnung sich somit mit der Entwicklung der Großindustrie zu mindern hätten. Die Durchschnittszahl ist etwas täuschendes, sie verschleiern die großen und die kleinen

Zahlen und gibt uns nur ein Bild eines in Wirklichkeit nicht vorhandenen Typus. In den angeführten Zahlen finden wir in der Holzindustrie wie im Baugewerbe, wie wir wohl wissen, auch eine ganze Reihe recht erheblicher Großbetriebe. Wenn sich aber die Entwicklung des Tarifabschlusses vorerst im allgemeinen vom Großbetrieb ferngehalten hat, so erscheint uns dies mehr als eine Unterbrechung einer klar vor unseren Augen sich ergebenden Entwicklung. Man weiß sehr gut, daß in der deutschen Metallindustrie, die sich neben dem Bergbau am meisten gegen eine Verhandlung mit den Arbeitern gestäubt hat, Erzwägungen Platz gegriffen haben, ob sich nicht doch etwa empfehlen sollte, mit den Arbeiterorganisationen über die tariflichen Bestimmungen zu verhandeln und damit zum Abschluß von Tarifverträgen zu gelangen. Es ist unzweifelhaft nur die wirtschaftliche Krise, unter der die Metallindustrie und natürlich in ihr die Metallarbeiter am meisten leiden, die die Schuld daran trägt, daß dieser Umschwung in den Anschauungen der Unternehmer eine bedauerliche, aber begriffliche Unterbrechung erfahren hat. Schon nach den Erfahrungen in Deutschland, noch mehr aber nach denen in anderen Ländern, insbesondere in den Vereinigten Staaten von Amerika wissen wir, daß der Tarifvertrag natürlich leichter beim Kleinbetrieb durchzuführen ist, aber durchaus keine sich nur für diesen eignende kollektive Vertragsform ist. Eine Firma, die in Deutschland zu den Protektoren der Selben gehört, die Firma Siemens-Schuckert, hat in ihrem Wiener Niefenbetrieb ein Vertragsverhältnis mit der Organisation der Arbeiter, in Amerika, auch in England sind die kollektiven Arbeitsverträge mit dem Großbetrieb weit mehr zur Regel geworden, als Ausnahme geblieben.

Aus der Statistik ersehen wir, daß in der Gesamtheit der Großstädte mehr Betriebe unter tariflichen Bedingungen stehen als im ganzen übrigen Deutschland, daß die Anzahl der Tarifverträge in den Kleinstädten geringer ist wie in den Mittelstädten, in den Landstädten geringer wie in den Kleinstädten und am geringsten in den Orten unter 2000 Einwohnern ist. Über die Dauer der Tarifverträge wird mitgeteilt (die Zahlen für die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe geben wir in Klammern wieder), daß 2 Tarife weniger als ein halbes Jahr, 3 ein halbes Jahr, 33 (6) 1/2 bis 1 Jahr, 332 (29) 1 Jahr, 9 (1) 1 bis 1 1/2 Jahre, 65 (10) 1 1/2 Jahre, 67 (10) 1 1/2 bis 2 Jahre, 492 (52) 2 Jahre, 12 (2) 2 bis 2 1/2 Jahre, 16 (2) 2 1/2 Jahre, 22 (4) 2 1/2 bis 3 Jahre, 175 (12) 3 Jahre, 12 (4) 3 bis 4 Jahre, 27 4 Jahre, 13 (1) 4 bis 5 Jahre, 6 5 Jahre, 3 (2) über 5 Jahre, endlich 10 unbestimmte Zeit dauerten. Bei 831 (95) Tarifverträgen läuft der Vertrag stillschweigend 1 Jahr weiter, wenn nicht gekündigt wird; die Kündigungsfrist beträgt bei 210 (17) bis 1 Monat, bei 175 (6) 1 bis 3 Monate, bei 449 (79) 3 Monate, bei 69 (6) 3 bis 6 Monate, bei 2 über 6 Monate. Bei 128 (3) Verträgen sind Unterhandlungen zur Erneuerung des Tarifvertrages nicht vorgesehen. Bei 623 (71) Tarifen fehlen Angaben über den Ablauf. Einigungs- und Schlichtungsorgane finden sich in 676 (75) Tarifverträgen. In 22 (1) Tarifverträgen findet sich auch eine zweite Instanz vorgesehen, während in der Mehrzahl der Tarifverträge, das ist in 957 (8) keine Bestimmungen über Einigungs- und Schlichtungsorgane verzeichnet sind. Eine sehr umfangreiche und interessante Tabelle findet sich über die Einteilung der Tarife in Verbands-, Innungs-, Firmen-, Lokal-, Bezirks- und Nationaltarife. Durch die Verhandlung des Jahres 1908 hat diese Tabelle ihr Interesse stark für uns verloren. Wir wollen überhaupt nur noch anführen, daß sich eine ganze Reihe Tabellen, so über die Arbeitszeit, über die Löhne, über Lohnmaß und Entlohnungsform, über Gehalt und Naturlohn, über den niedrigsten Leistungslohn, nämlich der Arbeiter, über Schreibröhren, Arbeitszeitverkürzungen usw. in dem Werke finden, und zwar für alle Berufsarten, die hier überhaupt in Betracht kommen.

Die Geschichte der tariflichen Kämpfe und Verhandlungen findet sich zum Teil bis in die Zeit bis Ende Mai 1908 für die wichtigsten Gewerbegruppen verfolgt, so findet man annähernd 10 Seiten eine Geschichte des Tarifvertrages in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe, der mit den Angaben des Jahresberichtes des Deutschen Holzarbeiterverbandes für 1906 anhebt und mit der Resolution auf unserem Verbandstag vom 1. Juni 1908 aufhört. Was über die Tarifabschlüsse in anderen Gewerbegruppen mitgeteilt wird, ist für alle von Bedeutung, die als Vertragsabschließer in Betracht kommen. Eine Reihe von Tarifverträgen in unserem Berufe sind im wesentlichen wörtlich abgedruckt, doch ausschließlich solche, die im Jahre 1906 in Geltung getreten sind.

Von der Technik des Tarifvertrages, von seinen Rechtsfragen, vom Stande der Gesetzgebung handeln weitere Kapitel, auf die wir hier lediglich hinweisen wollen.

Wirtschaftliche Rundschau.

L. Im Laufe des Monats Juli läßt sich erstmalig eine — freilich recht schwächliche — Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt der Holzindustrie konstatieren. Im Juli des vorigen Jahres waren 2320 oder 1,56 Prozent der Mitglieder weniger arbeitslos als im Januar, während der Juli dieses Jahres um 3100, das ist 2,09 Prozent, weniger Arbeitslose als im Januar brachte. Obwohl diese Statistik des Deutschen Holzarbeiterverbandes die organisierten Mitglieder mehrerer Richtungen des Wirtschaftslebens enthält — Baugewerbe, Urproduktion, Weiterverarbeitung — und darum kaum als für das ganze deutsche Wirtschaftsleben

charakteristisch betrachtet werden kann, so lassen sich daraus doch wichtige Schlüsse ziehen.

Die absolute Ziffer der Arbeitslosigkeit ist viel größer — Juli 1907: 1,31 Prozent, Juli 1908: 3,72 Prozent — als im Vorjahr, auch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt hat sich absolut genommen verschlechtert — Juli 1907: 137 Reflektanten auf 100 Stellen, Juli 1908: 281 —, dabei aber zeigt die Kurve der Konjunktur bereits deutlich nach oben. Normalerweise macht der Beschäftigungsgrad der Arbeiterschaft im Laufe des Jahres verschiedene Schwankungen durch. Im Baugewerbe ist das Sommerhalbjahr eine Zeit intensiver Beschäftigung; in der Industrie der Konsumartikel — zum Beispiel Möbel — sind Frühjahr und Herbst die besten Zeiten; in den Industrien der Produktionsmittel — zum Beispiel Maschinen — häuft sich die Arbeitslosigkeit nach den offiziellen Zinsterminen, wenn billiges Geld die Unternehmungslust und die Gründertätigkeit anregt; in der Urproduktion wiederum hängt die beste Geschäftszeit teilweise mit denen der weiterverarbeitenden Industrien der Konsumartikel und Produktionsmittel, teilweise aber auch von natürlichen Faktoren — Ernte im Sommer, Kohlenbedarf im Winter — ab. Diese natürlichen Schwankungen auf dem Arbeitsmarkte haben erreicht, daß im Holzarbeiterverband, dessen Mitglieder in diesen verschiedenen Produktionsrichtungen tätig sind, alljährlich im Hochsommer ein Minimum und um Frühjahr herum ein Maximum von Arbeitslosen zu verzeichnen sind. Falls das Wirtschaftsleben des Landes im Zeitpunkt der Hochkonjunktur steht, ist das Minimum des Hochsommers recht niedrig, im Zeitpunkt der Krise hinwiederum ist das Maximum recht hoch. Die Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt sind in ihrer Intensität Momente zur Beurteilung der Wirtschaftslage. Die Tatsache, daß dieses Jahr eine stärkere Besserung von Januar bis Juli eintrat als in den drei Vorjahren, zeugt von einer allmählichen Belebung des Wirtschaftslebens. Falls eine solche Belebung einsetzt — es ist nur fraglich, ob dies bereits jetzt geschehen wird —, so wird diese vom Baugewerbe und von der Industrie der Produktionsmittel ihren Ausgang nehmen, und zwar aus folgenden Gründen: die momentane Tiefkonjunktur äußert sich hauptsächlich in einer derartigen Warenentwertung, die ihrerseits eine Folge der fallenden Konsumkraft der Volksmassen ist, daß es für große Teile des Privatkapitals unrentabel wird, aus der Warenzirkulation Profit zu ziehen. Dies ist eine Ursache der Flucht des mobilen Kapitals aus dem Handel. Die Menge der bei der Reichsbank belehnten (diskontierten) Wechsel nimmt ab, und dies ist ein Zeichen dafür, daß die Zahl der abgeschlossenen Kaufakte gleichfalls abnimmt. Da nun das Kapital ebensowenig „arbeitslos“ sein will wie der Proletarier, so wendet es sich der festen Anlage zu. Begünstigt wird diese Tendenz durch die Tatsache, daß die Banken infolge mangelnden Wechselmaterials gewillt sind, ihr Geld billiger zu verleihen, und so den Geldpreis auf ein solch niedriges Niveau herabdrücken, daß Kapitalanlagen, die erst später oder überhaupt nur wenig Zinsen eintragen, für den einzelnen Kapitalisten rentabel werden. Zu dieser Art fester Anlagen gehören in erster Linie das Baugewerbe und die industriellen Gründungen. Sollte der billige Geldstand weiter anhalten, so ist anzunehmen, daß das sich belebende Baugewerbe Bauartiklern und die durch die Gründertätigkeit angelegte Maschinenfabrikation, Modellischlern mehr Arbeitsgelegenheit verschaffen werden. Ob die Besserung des gegenwärtigen Moments auf das Konto dieses voraus-sichtlichen Aufschwungs oder auf dasjenige lokaler Zufälle zu setzen ist, wird die allernächste Zukunft lehren. Trübe sind und bleiben vorläufig die Aussichten auf dem Markte der Konsumartikel. Die durch das kapitalistische System geschicht haben erreicht, die Unternehmungen der arbeitenden Volksbevölkerung aller Art durch Konsumreduktionen, Betriebsbeschränkungen und Arbeitslosigkeit. Für den Holzarbeiter wird diese Erscheinung wichtig, da die Möbel-tischlerei so lange daniederliegen muß, als daß die Kaufkraft schwach ist. Bedinglich für Buzumabel ist eine kleine Belebung zu konstatieren, denn der oben gekennzeichnete Übergang des Handelskapitals in feste Werte gibt der Börse zu tun, die bei dieser Schiebung gute Zeiten hat. — Die Börsenwelt nun ist ein wichtiger Kunde in Buzumartikel. Doch dürfte diese Belebung auf den Arbeitsmarkt recht wenig Wirkungen haben, denn ein wichtiger Aufschwung der Buzumindustrien kann nur bei Hochkonjunktur eintreten, wenn der Käuferkreis quantitativ zunimmt.

Wenn also vorläufig konstatiert werden kann, daß eine weitere Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt — abgesehen von den normalen Einflüssen des Winters — nicht zu erwarten ist, ja, daß das Wirtschaftsleben bereits wieder die Reime der Wiederbelebung in sich trägt, so ist damit gesagt, daß der Arbeiter in nicht allzuferner Zukunft wieder in die Lage versetzt sein wird, seine Machtposition als Verkäufer der Ware Arbeitskraft im Wirtschaftsleben einzunehmen.

Jedoch der Arbeiter ist nicht nur Verkäufer der Arbeitskraft, sondern auch Käufer von Industrieprodukten und Nahrungsmitteln zum Zwecke des Konsums. Ist er in seiner Eigenschaft als Verkäufer dann wirtschaftlich stark, wenn seine Ware, die Arbeitskraft, auf dem Arbeitsmarkte selten und stark begehrt, so ist er in seiner Eigenschaft als Käufer dann wirtschaftlich mächtig, wenn seine Konsumartikel billig und im Überflusse zu haben sind. In ihrer Angst vor dem deutschen Proletariat hat die Kapitalistenklasse des Deutschen Reiches eine wirtschaftspolitische Tendenz entwickelt, die dahin zielt, eine recht große Anzahl agrarischer Existenzen zu erhalten. Zweck dieser Tätigkeit ist es, einen möglichst großen Teil des Volkes in solchen Wirt-

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Vorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

- Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern** nach Böhln in Pfalz, Böhln in Thüringen, Glogau, Hof i. V., Jena (Grove), Krefeld (Schulte), Lorsch (Meh), Mindelheim, Poppot (Schulz), Bern in der Schweiz, Budapest;
- Drechslern** nach Güttrin (Fahn);
- Möbelschneidern** nach Mannheim (Brown, Boveri & Co.);
- Korbmachern** nach dem Altlande, Berlin und Vororten, Brandenburg (Schmidt), Cuxhaven (Lührsen), Fürstenberg a. Oder, Wulsdorf;
- Berggoldern** nach Magdeburg (Grühl), Budapest.

schaftsverhältnissen leben zu lassen, in welchen ihm die heutige Institution des Privateigentums nicht so absurd erscheint, wie der Arbeiterschaft. Nun ist aber in Europa bei den überkommenen und feudalen Besitzverhältnissen nicht an eine derartige Rentabilität der Landwirtschaft zu denken, daß ihr Kapital aus Industrie und Handel zufließen könnte. Die niedrige Verzinsung des landwirtschaftlichen Kapitals ist es auch, die die Weltwirtschaft fast dauernd im Zustande der Weizenknappheit erhält. Unsere moderne Verlehrslehre erlaubt es uns, fast ununterbrochen zu ernten, im Winter im Süden, im Sommer im Norden, unsere moderne Agrarchemie erlaubt es uns, natürliche Schäden zu überwinden; — aber das Kapital flieht die Landwirtschaft, und so kommt es beispielsweise, daß die diesjährige Weltweizenernte 845,75 Millionen Doppelzentner beträgt, während der Weltbedarf auf 894,25 Millionen Doppelzentner geschätzt wird. Auf diese Art und Weise wird die brotkonsumierende Menschheit jenen Gändlern ausgeliefert, die im Besitze des Weltvorrats in Höhe von 42,7 Millionen Doppelzentner sind. Und dieser Brotwucher ist die Folge des Umstandes des Privatbesitzes an Produktionsmitteln, der bei mangelnder Rentabilität die Produktion ohne Rücksicht auf den Bedarf einschränkt. Die Wirtschaftspolitik der „Staats-erhaltenden“ Elemente Deutschlands sucht nun zu verhindern, daß bei uns der Weltgetreidepreis entsteht. Die deutsche Zollpolitik hat den Getreidepreis dezent gehoben, das das Kapital bei der Landwirtschaft bleibt.

In letzter Zeit ist zu dem Widerstand des Schutzzolls noch eine größere volkswirtschaftliche Unklugheit, nämlich die Exportprämie, gekommen. Um die Landwirtschaft nur ja recht rentabel zu machen, gewährt die deutsche Reichsregierung sogenannte Zollvergütungen, durch die es dem deutschen Agrarier möglich wird, sein Getreide im Ausland billiger anzubieten als selbst Argentinien, Rußland und Amerika. So schreibt das „Berliner Tageblatt“ Nr. 444, daß man in Hamburg für die Tonne deutschen Weizens 200 Mk. zahlen muß, wenn man für Deutschland kauft, und nur 145 Mk., wenn man ins Ausland transportieren will. Jetzt exportieren die patriotischen Agrarier Getreide ins Ausland, besonders nach Italien und Skandinavien. Da Deutschland ohnehin nicht imstande ist, seinen eigenen Weizenbedarf zu erzeugen, so wird es dieses Jahr in erhöhtem Maße gezwungen sein, Getreide zu importieren. Da nun der Übergang des Kapitals in die Industrie dieses Jahr eine schlechte Welternte brachte, so wird aller Wahrscheinlichkeit nach eine starke Preiserhöhung auf dem Weltmarkt eintreten, und dann wird der deutsche Konsum gezwungen sein, im Ausland zu kaufen. Deutschland hatte dieses Jahr eine relativ gute Ernte, die staatsverhaltende Wirtschaftspolitik des Reiches aber liefert den deutschen Brotkonsumenten in die Hände der internationalen Brotwucherer, die im Besitze des Weltvorrats sind — und das nennt sich Patriotismus. Für den Arbeiter bedeutet dies eine Verschlechterung seiner Position als Käufer von Nahrungsmitteln und damit eine wirtschaftliche Machteinbuße, die vielleicht den Effekt der leichten Besserung auf dem Arbeitsmarkt aufheben wird.

Aus der Holzindustrie in Preußen.

(Schluß.)

Darin, daß der Transport von Holz und insbesondere der von rohen Stämmen eine sehr gefährliche Arbeit ist, stimmen alle Berichte überein, viele bezweifeln aber, daß es wirksame Schutzvorkehrungen gibt, die geeignet sind, die Unfallziffer herabzubringen. Der Breslauer Beamte meint zum Beispiel, daß die Beseitigung der Unfälle nur von der eigenen Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft, von häufiger Kontrolle durch den Unternehmer und Betriebsleiter und in erster Linie von der tätigen Mitwirkung der Arbeiterschaft bei der Unfallverhütung erwartet werden kann. Im Bericht aus Danzig heißt es in dieser Beziehung: „Die Anwendung irgend welcher Schutzvorkehrungen außer den gebräuchlichen Sporen kommt nicht in Betracht, es muß nur sorgfältig auf gute Stapelung der Hölzer und auf vorsichtiges Verhalten bei den Auf- und Abladearbeiten geachtet werden.“ Der Beamte für den Regierungsbezirk Gumbinnen meint ebenfalls: „Nur sorgfältige Belehrung und Beaufsichtigung der Arbeiter können die Gefahren mildern.“ Sein Untergeordneter, der Gewerbeinspektor in Tilsit, hat

aber noch eine andere Erklärung für die vielen Unfälle gefunden, die zwar sehr einleuchtend ist, aber dem Herrn Regierungs- und Gewerbeinspektor in Gumbinnen offenbar nicht recht paßt. Es klingt ziemlich unwirksam, wenn er schreibt: „Der Gewerbeinspektor in Tilsit glaubt auch, eine größere Unfallhäufigkeit in Betrieben mit Akkordlohnung beobachtet zu haben, kann aber einen zahlenmäßigen Nachweis nicht erbringen.“ Es dürfte sich empfehlen, daß die Beamten dieser Spur ein wenig nachgehen; sie werden wahrscheinlich interessante Erfahrungen machen.

So ganz wehrlos, wie man nach den vorerwähnten Äußerungen annehmen sollte, steht übrigens der menschliche Erfindungsgeist den Betriebsunfällen beim Holztransport nicht gegenüber. Wie aus dem Bericht für den Regierungsbezirk Göttingen ersichtlich, kann die Unfallgefahr durch weitere Einführung maschineller Einrichtungen (Hebezeuge, Krane usw.) vermindert werden. Auch der Bromberger Beamte konstatiert, daß große elektrisch betriebene Hebezeuge und mechanische Entlade- und Transporteinrichtungen, die in der Großindustrie bereits Eingang gefunden haben, die Unfallstatistik günstig beeinflussen. Solange freilich die menschliche Arbeitskraft im Osten so ungeheuer billig ist, dürfte sich die Aufstellung von Maschinen kaum lohnen. Das ist ebenfalls ein Moment, welches der Aufmerksamkeit der Gewerbeinspektoren empfohlen werden kann.

Unter den Holzbearbeitungsmaschinen sind, wie allgemein bekannt, die Abriechemaschine und Kreissäge die gefährlichsten; auch die Tischfräsen weisen eine recht hohe Unfallziffer auf. Seitdem sich die runde Sicherheitswelle, die von allen Gewerbeinspektoren auf das angelegentlichste empfohlen wird, mehr Eingang verschafft hat, ist die Zahl der schweren Unfälle an der Abriechemaschine erfreulicherweise stark zurückgegangen. Außerst zahlreich sind die in den Berichten gegebenen Beispiele von dem Nutzen der runden Welle, die nur unbedeutende Abschürfungen verursachen, wo schwere Verwundungen mit Sicherheit zu erwarten waren, wenn die Maschine noch mit der alten Vierkantwelle ausgerüstet gewesen wäre. Gefährlich ist es allerdings, die Welle durch Auflegen von Holzsegmenten abzurunden. Der Berliner Bericht erwähnt den Unglücksfall eines Stellmacherlehrlings, der an der Abriechemaschine die beiden vorderen Glieder von vier Fingern verlor. Hier war gar die vierkantige Welle nur von zwei Seiten mit Holzsegmenten belegt gewesen. Daß das keinen Schutz bietet, ist einleuchtend. Einen merkwürdigen Unfall an der runden Welle erwähnt der Bericht aus dem Regierungsbezirk Cassel. Bei der Besprechung der Sicherheitswelle hebt er hervor, daß schwere Unglücksfälle nicht vollkommen zu vermeiden sind, da, „wenn der Arbeiter die verletzte Hand nicht nach der ersten Verletzung sofort wegzieht, in wenigen Sekunden die Finger der Hand abgehobelt werden, wie dies in einer Fabrik leider festgestellt worden ist.“ Wie so etwas vorkommen kann, ist allerdings schwer zu begreifen; man sollte doch meinen, daß das sofortige Wegziehen der verletzten Hand instinktiv erfolgt.

Gegen die runde Messerwelle wird noch mitunter der Einwand erhoben, daß sie die Hobelspane nicht leicht auswirft und bei harzigem Holze verstopft wird. Diesem Mangel soll durch die Framag-Messerwelle der Frankfurter Maschinenfabrik in Großauheim abgeholfen werden, von welcher der Bericht des Casseler Beamten eine Skizze gibt. Die gleiche Fabrik stellt, wie bei dieser Gelegenheit gleich erwähnt sei, auch eine sehr zweckmäßige Schutzvorrichtung für Pendelkägen her.

Von tödlichen Unglücksfällen erwähnt der Bericht aus dem Regierungsbezirk Potsdam einen solchen an der Hobelmaschine. Während der Verunglückte ein Brett hobelte, sprang in der Nähe ein etwas höhere Reiste in die Maschine. Das Brett wurde zurückgeschleudert und traf den dahinter stehenden Arbeiter mit großer Wucht an den Unterleib. In Berlin erlitt ein Arbeiter einen tödlichen Unfall dadurch, daß ihm das während des Ganges locker gewordene Messer einer Reilmaschine an den Hals geschleudert wurde und die Schlagader durchschnitt. Der Verunglückte hatte acht Meter von der Maschine entfernt gestanden. Zur Vermeidung solcher Unfälle wird empfohlen, nur Reilmesser mit hinten geschlossenen Schlitzen und sonstigen Sicherungen gegen das Herausfliegen zu verwenden. Im gleichen Inspektionsbezirk ereignete sich ein tödlicher Unfall an der Bandsäge. Ein Arbeiter stolperte und fiel so unglücklich mit dem Kopfe auf die Tischplatte, daß er einen Sägenschnitt in die Hirnschale erhielt. An der Kreissäge ereignete sich im Bezirk Cassel ein tödlicher Unfall dadurch, daß dem Arbeiter ein abgeschnittenes Stück Holz an den Kopf flog. In einem Betrieb im Regierungsbezirk Minden wurde der Spaltkeil, der sich gelöst hatte, von der Säge erfasst und dem Arbeiter an den Kopf geschleudert, der dadurch eine tödliche Verletzung davontrug.

Unter den Unfallursachen spielt in den Berichten die Unachtsamkeit der Arbeiter eine große Rolle; insbesondere wird ihnen zum Vorwurf gemacht, daß sie oft die vorhandenen Schutzvorrichtungen nicht benutzen. Einige Beamte beschränken sich aber nicht auf diese Feststellung, sondern führen auch den Gründen nach. So weist zum Beispiel der Beamte für den Bezirk Arnberg darauf hin, daß manche Schutzvorrichtungen ihren Zweck noch nicht vollkommen erfüllen und noch sehr verbesserungsbedürftig sind. Ebenso betont der Bericht für den Bezirk Coblenz die Unvollkommenheit der Schutzvorrichtungen, die zum Teil ebenso große Aufmerksamkeit bei ihrer Benutzung erfordern wie die Bedienung der Maschinen selbst. In den Berichten aus den Bezirken Göttingen und Düsseldorf wird gesagt, daß besonders in kleineren Betrieben selbstgefertigte Schutzvorrichtungen angetroffen werden, die schwerfällig und wenig zweckent-

sprechend sind. Im Bericht aus dem Bezirk Marienwerder werden zwei schwere Unfälle an der Kreissäge erwähnt, die dadurch entstanden waren, daß der Unternehmer die Schutzhauben entfernt hatte; er wurde hierfür, milde genug, zu 80 Mk. Geldstrafe verurteilt. Beachtenswert ist die Beobachtung, die im Bezirk Bromberg gemacht wurde, wo es üblich ist, die Maschinen an kleine Tischlermeister und Gesellen stundenweise zu vermieten. Dadurch, daß auf diese Weise immer wieder ungeübte Leute an die Maschinen kommen, wird natürlich die Unfallgefahr wesentlich erhöht. Sehr mit Recht sagt daher auch der Göttinger Beamte, daß zur Unfallverhütung viel beitragen könnte, wenn man die Bedienung der Maschinen nur bestimmten Arbeitern übertragen würde. Aber das allein genügt nicht; daneben muß auch die Forderung erfüllt sein, die der Erfurter Beamte aufstellt: hinreichend Licht, Luft und Platz und kein Abheben bei der Arbeit. Die Beschäftigung in Stücklohn sollte, wo sie noch üblich ist, verboten werden.

Vielfach wird bemerkt, daß der Spaltkeil, der eine sehr wichtige Schutzvorrichtung an der Kreissäge ist, seinen Zweck nicht erfüllt, weil er entweder zu schwach ist, oder zu weit hinter dem Sägeblatt steht. Der Beamte für den Bezirk Münster weist auf die von der Firma Gebrüder Schulz in Münster hergestellte Kreissäge, System Th. Schumacher, hin, die neben anderen guten Schutzvorrichtungen auch mit mechanischer Holzführung mittels zweier Walzenpaare ausgerüstet ist, und die mit verhältnismäßig hoher Unfallsicherheit eine große Leistungsfähigkeit verbindet. Verschiedentlich wird auch auf den der Firma Carstens in Nürnberg patentierten Schutzring für Fräsen hingewiesen, der als gute Schutzvorrichtung angesehen werden kann. Beachtenswert ist auch eine Schutzvorrichtung für Tischfräser und kleine horizontale Kreissägen, die der Beamte für den Bezirk Düsseldorf in einer Möbelschreinerei vorgefunden hat, und die er im Bilde vorführt. Da diese sehr zweckmäßige Schutzvorrichtung nicht geleglich geschützt ist, steht ihrer Verwendung kein Hindernis entgegen.

In mehreren Fällen wurde das Auftreten der Politerkrankung festgestellt. Der Beamte für Berlin hat gefunden, daß diese Krankheit besonders leicht jugendliche Personen befällt, infolge der größeren Weichheit und Empfindlichkeit ihrer Haut. Im Bezirk Potsdam, wo in einer Tischlerei drei mit dieser Krankheit behaftete Arbeiter angetroffen wurden, verlangte der Aufsichtsbeamte die Beschaffung geeigneter Wascheinrichtungen mit warmem Wasser. Da der Politeraum im vierten Stockwerk liegt und keine Wasserleitung hatte, war die häufige Reinigung der Hände verabsäumt worden. Im Bezirk Göttingen wurde die Krankheit in einer Stuhlfabrik, die in einer Strafanstalt eingerichtet ist, beobachtet. Es wurde das Tragen geschlossener Ärmel und eine anderweitige Beschäftigung besonders empfänglicher Personen empfohlen.

Auch der Milzbrand hat wiederum eine Reihe von Opfern gefordert. Die meisten Fälle von Infizierung kamen in Gerbereien und Lederfabriken vor, doch blieb auch die Bürstenindustrie nicht verschont. Im Bezirk Düsseldorf erlag ein Arbeiter dieser tödlichen Krankheit, der sich in einer kleinen Bürstenfabrik die Ansteckung beim Desinfizieren von Schweinborsten zugezogen hat. Diese Borsten, heißt es im Bericht, waren aus Stüttgart bezogen. Ob es sich hierbei um inländisches oder ausländisches Material handelt, ist aus dieser Angabe nicht zu ersehen. Merkwürdig ist ein anderer Todesfall in demselben Bezirk. Dem Milzbrand erlag die Frau eines Heimarbeiters, der mit dem Sortieren von Haarabfällen beschäftigt war, während die angestechte Frau mit den Haaren angeblich nicht in Berührung gekommen ist. Ein weiterer Erkrankungsfall konnte infolge des schnellen Eingreifens durch den Arzt in sechs Wochen geheilt werden. Er betraf eine 16jährige Arbeiterin in einer Bürsten- und Pinselfabrik im Bezirk Cassel, die mit dem Bekleben von Pinseln aus inländischem Ziegenhaar beschäftigt war. Dieser Fall kann als Beweis dafür gelten, daß auch das inländische Material keineswegs harmlos ist. — Der neueste preussische Gewerbeinspektionsbericht enthält noch mancherlei interessantes Material für die Holzindustrie, auf welches wir jedoch in diesem Zusammenhang nicht näher eingehen können. Es dürfte sich aber wohl noch Gelegenheit bieten, zu gegebener Zeit auf den einen oder den anderen Gegenstand zurückzukommen.

Soziales.

Der Verbandstag des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte

fand vom 27. bis 29. August in Jena statt. Diese Verbandstage sind Zusammenkünfte von Vorstehenden und Beisitzern der Gerichte, die zum Teil von den Gemeinden delegiert, zum Teil aber auch, soweit Arbeiterbeisitzer in Betracht kommen, von Gewerkschaftskartellen entsandt werden. Es gibt nämlich immer noch Gemeindebehörden, die rückständig genug sind, den Wert solcher Zusammenkünfte nicht zu begreifen. Es handelt sich bei den Verbandstagen nicht darum, Beschlüsse zu fassen, sondern um einen Austausch von Erfahrungen und Ansichten über gewisse Gebiete der sozialen Rechtspflege; Beschlüsse werden hierbei nicht gefaßt.

Am der diesmaligen Tagung nahmen über 800 Delegierte teil. Das erste Referat hielt Gerichtsrat Dr. Brenner-München über die „Gesehung über den Arbeitsvertrag“. Er bedauerte die Fruchtlosigkeit der deutschen Sozialpolitik in den letzten drei Jahren. Das einzige Gesetz, welches im Reich auf diesem Gebiet fertiggestellt wurde, ist das über den kleinen Befähigungsnachweis. „Das Schifflein Sozialpolitik“, meinte er, „hat trotz dringenden

Bedürfnisses seinen Kurs nahezu eingestellt. Es muß aber dahin gestrebt werden, das Wort: „Jetzt erst recht Sozialpolitik“ zur Wahrheit zu machen. Hierauf sprach Dr. Braun-Berlin über die „Literatur über den Arbeitsvertrag“. In einem weiteren Referat über die „Vertretung vor dem Einigungsamt“, wies Magistratsrat Böbling, Berlin auf die Ausgestaltung hin, welche das Einigungsamt vor den Gewerbeberichten erfahren habe. Zur Sicherung der Einhaltung der abgeschlossenen Tarife hält er eine eingehende Prüfung der Vollmacht der Vertreter für erforderlich und insbesondere hält er es für notwendig, daß die Vertreter ermächtigt sind, Abmachungen zu treffen, die einer nachträglichen Genehmigung durch die Parteien nicht bedürfen.

Magistratsrat v. Schulz-Berlin behandelte die „Angliederung der Schlichtungskommissionen an die Einigungsämter“. Die Notwendigkeit der Schlichtungskommissionen sei durch die Praxis längst erwiesen. Im Berliner Tischlergewerbe mit seinen 1200 Meistern und 25000 Gesellen, die neun Tarife haben, würden ohne sie zahllose Streitigkeiten ausbrechen, die doch nicht in jedem einzelnen Falle vor das Einigungsamt gebracht werden könnten. Die gesetzliche Anerkennung der Schlichtungskommission sei daher notwendig. Sie müßte regelmäßig aus einer kleinen Anzahl Arbeitnehmer und Arbeitgeber unter Vorbehalt eines Unparteiischen bestehen.

Über „Arbeitsgerichte und Arbeitskammern“ sprach Stadtrat Dr. Flesch-Frankfurt. Er bedauert, daß durch die Arbeitskammern, die bei dem für sie vorgesehenen Wahlrecht das Vertrauen der Arbeiter nicht erringen können, den Gewerbeberichten ein Arbeitsgebiet genommen werden soll, nämlich der Abschluß von Tarifverträgen, welches sie sich mit vielem Fleiß erobert haben.

Am zweiten Verhandlungstag wurden Gutachten über die „Konkurrenzklausel“ abgegeben, und zwar waren Referate von Vertretern der drei interessierten Berufsstände vorgelesen. Als Vertreter der Arbeitgeberseite sprach Ingenieur Bernhard-Berlin, der für eine Einschränkung der Konkurrenzklausel eintrat. Kaufmann Koslobski-Hamburg vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband verlangte die vollständige Aufhebung der Konkurrenzklausel. Den gleichen Standpunkt vertrat auch Arbeitersekretär Rörsten-Berlin, der die Frage vom Standpunkt des Arbeiters behandelte. Er wies unter anderem auf das Unmoralische von Bestimmungen hin, die zum Beispiel das Statut der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft enthält, wonach Erfindungen, die im Betrieb gemacht werden, alleiniges Eigentum der Firma sind. Als er im Anschluß daran die Stellung der Richter zu solchen Vertragsbestimmungen behandelte und betonte, daß auch der Richter bei aller persönlichen Objektivität doch ein Produkt des ihn umgebenden Milieus sei, dem er sich nicht entziehen könne, erhob er sich stürmische Schlussprüche und lebhafter Widerspruch. Der Tumult wurde so groß, daß der Redner seine Ausführungen unterbrechen mußte. Zu der Frage der Konkurrenzklausel sprachen noch eine Reihe weiterer Redner. Die Diskussion zeigte, daß in dieser Angelegenheit eine Übereinstimmung nicht zu erzielen ist. Zu Beginn des dritten Verhandlungstages wurde namens der Arbeiterseite entschieden Protest gegen die unqualifizierbaren Zwischenrufe eingelegt, die aus Arbeitgebereisen während der Ausführungen von Rörsten laut geworden waren.

Interessante Ausführungen wurden zu der Frage des „Schutzes der Lohnforderungen der Bauarbeiter“ gemacht. Als Referent zu diesem Punkt der Tagesordnung war Magistratsyndikus Dr. Hiller-Frankfurt a. M. bestimmt. Das Korreferat hatte Pajlow-Hamburg vom Bauerverband. — Stadtrat Dr. Mayer-Danzig, der über die „Gründe zur sofortigen Aufhebung des Arbeitsvertrages“ sprach, empfahl die Abänderung der §§ 123 und 124 der Gewerbeordnung nach dem Muster des § 626 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Als letzter Referent sprach Dr. Müller-Deffau über die „Zuständigkeit der Gewerbegerichte für städtische Arbeiter“. Er empfahl die Ausdehnung des Titels VII der Gewerbeordnung auf alle städtischen und staatlischen Arbeiter.

Dem Verbandstag voraus ging eine Konferenz der Arbeitgeberseite der Gewerbegerichte. Der Vorsitzende der Zentralkommission, Holz, betonte in seinem Bericht, daß die Tätigkeit der Kommission wenig fruchtbar gewesen sei. Er führt das zum Teil auf die unfreundliche Haltung der Generalkommission der Gewerkschaften zurück, welche die Mittel für die Aufnahme einer Statistik verweigert hat. Demgegenüber betonte Robert Schmidt, daß die Generalkommission alle Forderungen bewilligt habe bis auf die für die Statistik. Letztere hätten aber nicht bewilligt werden können, weil alle Voraussetzungen für das Zustandekommen eines brauchbaren Werkes gefehlt hätten. Starke-Dresden berichtete über seine Tätigkeit im Verbandsauschuß. Dieser selbst setzt sich aus Gewerbegerichtsvorsitzenden zusammen, doch gehören ihm seit 1903 auch je ein Arbeitgeber- und Arbeiterbeisitzer an.

Alsdann hielt Holz ein Referat über die „Gewerbegerichte als Einigungsamt“. Er hält die Gewerbegerichte in dieser Beziehung ihrer Aufgabe nicht für gewachsen und führt das auf das mangelnde sozialpolitische Verständnis vieler Vorsitzender zurück. In dieses Referat knüpfte sich eine Diskussion, worauf Holz über das „Verhältnismäßigkeitsystem“ referierte. Er tritt dafür ein, daß in Konsequenz unserer prinzipiellen Stellungnahme für die Verhältniswahl die Einführung dieses Wahlsystems überall dort verlangt werden müsse, wo es noch nicht durchgeführt ist, ohne Rücksicht auf den etwaigen Schaden, der uns daraus erwächst. Die sehr eingehende Diskussion dieser Frage endete mit der

Annahme folgender Resolution: „Die heutige Konferenz der Gewerbegerichtsbeisitzer erklärt, daß sie grundsätzlich auf dem Standpunkt der Verhältniswahl steht. Die Teilnehmer der Konferenz verpflichten sich, falls an sie der Antrag auf Einführung der Proportionalwahl gestellt wird, für dieselbe einzutreten. Das ablehnende Verhalten der freitragenden Arbeiterschaft feindlich gegenüberstehenden Mehrheitsparteien kann sie in der prinzipiellen Frage nicht beirren.“

In einem Referat über „Die Rechtsprechung an den Gewerbeberichten“ führte Rörsten aus, daß die Unternehmer die augenblickliche Zeit der Krise ausnutzen, um ihre Position auf wirtschaftlichem Gebiet zu stärken, darunter leide auch die Rechtsprechung. Er brachte hierfür eine Reihe von Beispielen bei, die von verschiedenen anderen Gewerbegerichtsbeisitzern noch ergänzt wurden. Forscher-Duisburg behandelte folgende Fragen: „Kann der Arbeiter den Arbeitsvertrag wegen Irrtum anfechten, wenn er erst nach dem Arbeitsantritt erfährt, daß in dem Betrieb ganz oder teilweise gestreikt wird?“ und „Hat der Arbeitgeber im Zusammenhang mit dem Dienstvertrag eine Pflicht zur Aufbewahrung bei der Arbeit abzulegender Kleider und wie weit geht die Haftung für abhanden gekommene Gegenstände?“ Bezüglich der zweiten Frage stimmte die Konferenz dem Redner darin bei, daß eine Haftung nur dann in Frage kommen kann, wenn es sich um geschlossene Räume oder verschließbare Behälter handle. Dagegen gingen bezüglich der ersten Frage die Ansichten noch weit auseinander. Zum Schluß gab es noch eine längere Debatte, welche durch eine Vorlage der Gewerbegerichtsbeisitzer in Frankfurt a. M. hervorgerufen wurde, die sich mit der Stellungnahme des letzten Gewerkschaftskongresses zu der Frage der Vertretung durch Arbeitersekretäre und Organisationsangestellte vor den Gewerbeberichten nicht einverstanden erklärten. Während einige Redner den Ausführungen der Frankfurter Delegierten beipflichteten, fanden diese bei einem größeren Teil der Konferenzteilnehmer lebhaften Widerspruch. Auch der Vertreter der Generalkommission, Robert Schmidt, wandte sich gegen die erhobenen Vorwürfe und erklärte die Befürchtungen der Frankfurter für übertrieben.

Der bedingte Strafausschub ist bisher in 146000 Fällen bewilligt worden. Von den Bewilligungen sind 36 Prozent noch nicht erledigt. Im allgemeinen bewährt sich der bedingte Strafausschub, der nur Jugendlichen unter 18 Jahren zugute kommt; etwa 75 Prozent der bedingt Begnadigten machen sich in der sogenannten Bewährungsfrist keiner strafbaren Handlung mehr schuldig. Auf Preußen entfielen von den Strafausschubfällen 82456, auf Bayern 20997, Sachsen 7955, Württemberg 2433, Baden 5178 Fälle. Von den preussischen Oberlandesgerichtsbezirken stehen Breslau mit 18267, Köln mit 12275, Berlin mit 10533 Fällen an der Spitze. Vollständig begnadigt wurden seit der Einführung des bedingten Strafausschubs in Preußen 43071, Bayern 8091, Sachsen 3312, Württemberg 1340, Baden 2124.

Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsleistung. Das norwegische Parlament hat eine besondere Kommission eingesetzt, welche die Frage der gesetzlichen Einführung eines Normalarbeitstages zu prüfen hat. Aus den jetzt vorliegenden Berichten dieser Kommission geht hervor, daß sich eine ganze Reihe von Sachverständigen für eine Verkürzung der Arbeitszeit ausgesprochen hat. So hat die Leitung der norwegischen Staatsbahnverwaltungen auf Grund ihrer Erfahrungen erklärt, daß jetzt in 53 Stunden Arbeitszeit wöchentlich ungefähr ebensoviel produziert wird, wie früher in 60 Stunden. Bei dem Wegebau Sandaak-Namot war ein halbes Jahr lang der Achtstundentag ausprobiert worden. Nach Beendigung dieser Probezeit erklärten die Arbeiter, daß sie diese Arbeitszeit beibehalten wollten, weil sie herausgefunden hat, daß sie nun dieselbe Menge Arbeit in 8, wie sonst in 10 Stunden leisten können. Für die Einführung des Achtstundentags sprach auch der Gewerkschaftsdirektor in Trondjem aus, nachdem er gefunden hat, daß die Arbeiter in 53 Stunden ebensoviel leisten, als vorher in 60 Stunden. Auf Grund dieser Erfahrungen kam die Kommission zu dem Vorschlag, daß die Arbeitszeit in Betrieben oder Teilen von Betrieben, wo besondere Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter vorhanden sind, oder wo leicht eine Überanstrengung eintreten kann, auf acht Stunden den Tag beschränkt wird. Auch soll die Arbeitszeit in solchen Betrieben, die in hohem Grade gesundheitschädlich sind, noch weiter eingeschränkt werden können. Da diesem Vorschlag auch die Kommissionsmitglieder zustimmten, welche im allgemeinen gegen eine gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit sind, ist die Annahme eines entsprechenden Gesetzes sehr wahrscheinlich.

In Deutschland gibt es immer noch sehr viele Unternehmer, die grundsätzlich auf dem Standpunkt stehen, daß die Arbeitszeit nicht verkürzt werden dürfe. Sachliche Gründe können sie zwar für ihren Standpunkt nicht ins Feld führen, aber der Wunsch der Arbeiter nach einer Arbeitszeitverkürzung genügt ihnen, sich mit allen Mitteln gegen die Erfüllung dieses Verlangens zu stemmen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Gemäß § 87 des Statuts geben wir hierdurch bekannt, daß nach den vom Verbandstag in Stettin und von der Zahlstelle Berlin vorgenommenen Wahlen der Vorstandsvorstand aus folgenden Mitgliedern zusammengesetzt ist: Theodor Leipart, Drechsler, erster Vorsitzender, Wilhelm Schneegäß, Tischler, zweiter Vorsitzender, Fritz König, Tischler, Hauptkassierer, Gustav Becker, Tischler, Sekretär, Hermann Papp, Tischler, Sekretär, Aloys Döring, Klaviermacher, Beisitzer, Gustav Gäbler, Tischler, Beisitzer, Artur Siebel, Stellmacher, Beisitzer,

Emil Dehlert, Vergolder, Beisitzer, Alwin Rennau, Tischler, Beisitzer, Robert Swintkowski, Tischler, Beisitzer.

Alle Zuschriften für den Vorstandsvorstand sind an die Adresse des 1. Vorsitzenden: Theodor Leipart, Berlin C 2, Neue Friedrichstr. 2 IV, alle Geldsendungen an den Hauptkassierer: Fritz König, Berlin C 2, Neue Friedrichstr. 2 IV, zu adressieren.

Der Zahlstelle Muskau wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokaltbeitrags von 10 Pf. ab 1. Oktober erteilt.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 39. Wochenbeitrag für die Woche vom 20. bis 26. September fällig geworden.

An die reisenden Mitglieder richten wir das Ersuchen, während der Dauer ihrer Reise respektive Arbeitslosigkeit die beitragsfreien Wochen im Mitgliedsbuch regelmäßig von den die Unterstützung auszahlenden Kassierern abstempeeln zu lassen.

Die Kassierer haben diese Abstempelung in allen Fällen, welche keinen Zweifel lassen, daß das Mitglied tatsächlich beitragsfrei ist, auch bei durchreisenden Mitgliedern vorzunehmen. Die nachträgliche Abstempelung mehrerer vergangener Wochen ist nur in Ausnahmefällen zulässig.

Auf das kürzlich erschienene Jahrbuch 1907 sowie auch auf das Protokoll vom Verbandstag in Stettin machen wir die Verbandsmitglieder nochmals aufmerksam und ersuchen sie, sich rechtzeitig in den Besitz dieser beiden wichtigen Schriften zu setzen.

Verbandsmitglieder, welche zum Militär einrücken müssen, haben ihr Mitgliedsbuch zur Aufbewahrung an den Vorstandsvorstand einzusenden. Die Beiträge müssen bis zum Abgang voll bezahlt und die Abmeldung zum Militär vom Zahlstellenkassierer eingetragen und abgestempelt sein. Nach beendeter Dienstzeit ist das Mitgliedsbuch sofort von hier einzufordern und die Beitragszahlung in demselben fortzusetzen. An die Militärzeit anschließende arbeitslose Wochen können nur dann als beitragsfrei abgestempelt werden, wenn die Zurückmeldung rechtzeitig erfolgt ist. Unterstützungsansprüche stehen den vom Militär zurückkehrenden Mitgliedern im Rahmen derjenigen Rechte zu, welche sie vor der Militärzeit erworben hatten.

Von einer Firma in Leipzig ist das Bild von Karl Kloss in den Handel gebracht und unseren Zahlstellen zur Anschaffung für ihre Verfehrstotale, Vereinszimmer usw. zugesandt worden, dessen Ankauf wir nicht empfehlen können. Abgesehen davon, daß sowohl der Geburtstag als auch der Todesstag unrichtig angegeben sind, läßt auch das Bild selbst alles zu wünschen übrig. Wir teilen gleichzeitig mit, daß auf unsere Veranlassung in Stuttgart die Vervielfältigung eines wirklich guten Bildes von Kloss für den angegebenen Zweck in Vorbereitung ist, so daß den Wünschen der Zahlstellen in kurzer Zeit Rechnung getragen werden kann. Näheres über den Preis usw. werden wir später bekannt geben.

Von Zahlstellen eingesandt wurden im Monat August nachfolgende Beträge:

Gau Danzig: Bromberg 100 M., Götlin 200, Goldberg 100, Golbap 40, Gumbinnen 50, Insterburg 80, Ratel 60, Neustettin 50, Schlawa 30, Stallupönen 65, Lütfit 17,50 M.

Gau Stettin: Prenan 50 M., Rasth 60, Bruns- haupten 100, Mügeln 20, Salsdorf 27, S. J. 100, Süß 18, Neubrandenburg 91, Neustrelitz 130, Barchin 120, Pasewalk 50, Schwerin 200, Warnemünde 60, Wismar 200 M.

Gau Breslau: Brieg 100 M., Deutsch-Bissa 20, Glogau 100, Görlitz 600, Haynau 100, Hirschberg 225, Kattowitz 200, Niesitz 100, Oppeln 100, Ratibor 110, Rawitsch 40, Schweidnitz 200, Striegau 180, Ziegenhals 180 M.

Gau Berlin: Adlershof 50 M., Cöpenick 200, Cottbus 100, Driesen 70, Drossen 31,40, Eberswalde 200, Erkner 50, Guben 200, Hoyerswerda 100, Jüterbog 30, Klosterfelde 100, Landsberg 250, Muskau 150, Neudamm 250, Neuruppin 50, Potsdam 400, Prießitz 100, Rathenow 200, Rixdorf 300, Spandau 1000, Spremberg 250, Treuenbriegen 140, Wittenberge 150, Wriezen 70, Zielzig 40, Zossen 50 M.

Gau Dresden: Baugen 300 M., Cummersdorf 200, Döbeln 200, Eßnerwerda 70, Freiberg 140, Geringswalde 800, Glashütte 300, Gr.-Schönau 100, Grünhainich 40, Gartha 800, Köhschenbroda 100, Leisnig 300, Lößau 382,37, Mittweida 250, Mühlberg 250, Neuhäusen 185,70, Olbernhau 300, Oschatz 100, Rabenau 500, Riesa 100, Schweitzerhain 100, Sebnitz 60, Seiffhenerndorf 29, Waldheim 500, Wilsdruff 400, Zittau 200 M.

Gau Chemnitz: Aborf 15 M., Altenburg 300, Annaberg 70, Aue 180, Crimmitschau 200, Eifenberg 300, Falkenstein 50, Frohburg 100, Geithain 70, Gera 400, Gößnitz 227, Greiz 100, Leipzig 2000, Limbach 75, Meuselwitz 115, Niederböhmerndorf 59,56, Plauen 150, Raschau 150, Schleuditz 150, Schmöln 1200, Schönheide 200, Stallberg 75, Zaucha 100, Weida 80, Werda 250, Wolkstein 55, Wurzen 100, Zeulenroda 200, Zwickau 200 M.

Gau Erfurt: Apolda 100 M., Frankenhäusen 500, Gießhübel 18,40, Kelbra 100, Lauterberg 150, Martinroda 90, Mellenbach 200, Merseburg 150, Mühlhausen 350, Naumburg 150, Neustadt 50, Ohrdruf 100, Roda 47,20, Rudolstadt 130, Sonneberg 50, Suhl 45, Waltershausen 200, Weimar 350, Weiskensfeld 100 M.

Gau Magdeburg: Aschersleben 100 M., Braunschweig 2400, Calbe 40, Cöthen 400, Dessau 400, Gisleben

100, Gießen 50, Halberstadt 200, Halle 600, Quedlinburg 100, Schönebeck 300, Zerbst 200 Mt.

Gau Hamburg: Alpenrade 70 Mt., Bargteheide 50, Bergedorf 164,87, Blankenese 300, Brate 120, Cuxhaven 70, Elmshorn 100, Guden 250, Glensburg 300, Garburg 400, Jzehoe 200, Lohstedt 100, Lübeck 500, Meldorf 100, Neumünster 350, Neustadt 80, Oldenburg 200, Reidsburg 150, Scherbeck 20, Stade 112, Süderbrarup 40, Tönning 50, Vegeack 200, Wandsbeck 400 Mt.

Gau Hannover: Bielefeld 800 Mt., Blomberg 40, Cassel 1150, Celle 500, Hameln 200, Herford 1000, Hildesheim 200, Lage 100, Minden 100, Osnabrück 400, Quatenbrück 150, Rheine 35, Walsrode 50 Mt.

Gau Düsseldorf: Dortmund 230 Mt., Duisburg 200, Elberfeld 800, Gelsenkirchen 170, Gummerbach 80, Hamm 70, Hesel 60, Köln 2000, Krefeld 150, Lennep 25, Neuß 70, Ronsdorf 57,50, Schwelm 150 Mt.

Gau Frankfurt: Mey 23,16 Mt., Wubenheim 90, Großkarben 49, Hanau 200, Heilberg 500, Hbr 179,40, Kellheim 500, Kirchheim 200, Mainz 1000, Montabaur 80, Oberramstadt 250, Offenbach 600, Reifenhäusen 80, Speier 80, Spredlingen 80, Weinheim 100, Wehlar 30, Zweibrücken 80,75 Mt.

Gau Nürnberg: Ansbach 100 Mt., Bamberg 200, Burgundstadt 25,55, Fürth 2000, Herzogenaurach 40, Nürnberg 3000, Reichelsdorf 100, Wilhelmsdorf 30 Mt.

Gau München: Kibling 40 Mt., Kaufbeuren 30, Krumbach 50, Lam 25, Landsbut 50, Memmingen 100, Miesbach 30, Mühldorf 40, München 2500, Pasing 100, Schrobenshausen 50, Straubing 50, Tölz 100, Wörthhofen 10,11, Zwickel 75 Mt.

Gau Stuttgart: Aalen 45 Mt., Achern 40, Biberach 30, Donauwörth 50, Ebingen 60, Emmendingen 105, Eßlingen 200, Geisweiler 50, Geisingen 20, Heilbronn 200, Karlsruhe 500, Kirchheim 100, Mühlhausen 400, Pforzheim 250, Schwenningen 100, Straßburg 600, Stuttgart 1000, Ulm 280, Zuffenhausen 400 Mt.

Die Verwaltungen und Revisoren werden ersucht, vorstehende Quittung zu prüfen und etwaige Anstände sofort an uns zu berichten.

Nur solche Beträge sind hier aufgeführt, welche bis inklusive 31. August in Händen des Kassierers waren.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 75612 Gust. Peters, Korbm., geb. 26. 6. 62 zu Kl.-Unterberg. 137379 G. Koch, Polierer, geb. 6. 8. 67 zu Großpallersdorf. 278440 Walter Wolfer, Tischler, geb. 19. 9. 79 zu Berlin. 318032 Robert Roswig, Tischler, geb. 27. 7. 86 zu Calau. 340789 Chr. Ortner, Drechsler, geb. 18. 11. 73 zu Pyrbaum. 364620 Ernst Meier, Polierer, geb. 22. 8. 83 zu Luttringshausen. 411854 M. Liebsher, Polierer, geb. 17. 11. 90 zu Rechenberg.

Stuttgart, Adlerstraße 48. Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Martrankfurt. In der am 7. September abgehaltenen Mitgliederversammlung hielt Kollege Ruppert aus Leipzig einen beifällig aufgenommenen Vortrag über das Wesen und die Bedeutung der Tariffrage für die Arbeiterklasse. An den Vortrag knüpfte sich eine anregende Diskussion. Nachdem zwei Ersatzwahlen für die Sozialverwaltung vorgenommen waren, teilte der Vorsitzende mit, daß der im Vorjahr abgeschlossene Tarif in der Schindlerischen Korbfabrik Ende September abläuft. Eine aus diesem Anlaß abgehaltene Werksraterversammlung hat beschlossen, den Tarif einstweilen weiterlaufen zu lassen, damit der Leipziger Tarif, welcher noch in Vorbereitung ist, hier ebenfalls eingeführt werden kann.

Mitterteich. Unsere letzte Mitgliederversammlung war nur mäßig besucht. Es wäre zu wünschen, daß sich die Kollegen, statt allerhand Klümmeln mitzumachen, mehr bemühten, mitzuarbeiten an der Verbesserung der hiesigen Verhältnisse. Nützlich wäre das, beträgt doch der Wochenlohn eines tüchtigen Kollegen bei 66stündiger Arbeitszeit höchstens 17 Mt. Bei jeder Gelegenheit über die Sozialverwaltung herzlichen, scheinen sich einige Kollegen als Aufgabe gemacht zu haben. Besser wäre es, wenn wir allen Streit begraben und einzig zusammenarbeiten würden, sonst können wir noch lange nicht an ein Vorwärtskommen denken. Den reisenden Kollegen möchten wir noch zur Pflicht machen, das Umschau zu unterlassen. Sie mögen sich an den Bevollmächtigten und Reiseunterstützungsausgeber Joh. Hoff, Bahnhofplatz 29, wenden.

München. (Wagner.) Unsere letzte Sektionsversammlung befaßte sich eingehend mit der derzeitig vollständig dabiniederliegenden Agitation der Wagner in Deutschland und mit der bisherigen Tätigkeit unserer Zentralkommission, die ganz besonders einer scharfen Kritik unterzogen wurde. Von allen Rednern wurde auf das lebhafteste bedauert, daß die vor ein paar Jahren eingeleitete Wagnerbewegung nun vollständig abgestaut ist. Über die statistischen Arbeiten der Zentralkommission sprach sich die Versammlung anerkennend aus, da ja gerade hierin eine Fülle von Agitationsmaterial enthalten ist. Leider ist dieses Material nicht so ausgenutzt worden, wie es zu wünschen gewesen wäre. In den letzten vier Jahren hatten wir eine Hochkonjunktur in unserer Branche wie nie zuvor. Unseren Kollegen bot sich überall Gelegenheit, ihre mißliche Lage ganz bedeutend zu verbessern, leider aber ist das fast nirgends geschehen. Wo indessen der ernsthafte Versuch gemacht wurde, war auch überall ein schöner Erfolg zu verzeichnen. So standen zum Beispiel die Münchener Kollegen innerhalb dreier Jahre fünfmal in einer Bewegung, wobei sie jedesmal einen schönen Erfolg erzielten, und nur einmal waren wir gezwungen, zum Streik zu greifen. Dabei ist es uns gelungen, unsere Löhne innerhalb dreier Jahre um 30 bis 50 Prozent zu erhöhen, und ab 1. Mai 1909 haben wir die 58 stündige Arbeitszeit für alle Betriebe. Ähnlich lagen die Verhältnisse in anderen Orten; aber in vielen Städten, insbesondere solchen mit einer großen Automobilexportindustrie, wie Mannheim, Mühlheim, Frankfurt, Mainz ist fast gar nichts geschehen. Diese Orte bilden heute geradezu einen Hemmnis in unserer Bewegung, was wir in München heuer auch schon

bitter fühlen mußten. Es wäre Aufgabe der Zentralkommission gewesen, nicht bloß statistisches Material zu sammeln, sondern in diesen Orten gehörig nachzuhelfen, sei es durch Delegation eines geeigneten Kollegen oder durch fortwährenden Verkehr mit der betreffenden Sektion. Wäre nach dieser Seite etwas mehr praktische Arbeit geleistet worden, so wären wir heute gewiß einen Schritt weiter. Die Versammlung war der Anschauung, daß alles, was während der guten Konjunktur versäumt wurde, jetzt während der Krise durch eine umfangreiche Agitation nachgeholt werden muß, um wenigstens für die nächste gute Periode gerüstet zu sein. An der Zentralkommission wird es liegen, hierzu die nötigen Schritte einzuleiten. Als besonders empfehlenswert wurde es bezeichnet, überall dort, wo es die Verhältnisse ermöglichen, Branchenversammlungen abzuhalten, in denen die eigenen Berufscollegen als Redner auftreten. Zweifellos wird das, wie das auch bei den Württembergern der Fall war, seine Wirkung nicht verfehlen. Der Zentralkommission dürfte es ein leichtes sein, eine Anzahl geeigneter Kollegen zu finden, denen sie mit Material zur Hand gehen kann. Ein weiterer Mangel betrifft die Berichterstattung über unsere Berufsverhältnisse in unserem Verbandsorgan, die mehr gepflegt werden müßte. Dadurch würden wir auf die gewerkschaftliche Erziehung unserer Kollegen einen größeren Einfluß ausüben, indem sie dadurch mehr an das regelmäßige Lesen unserer Zeitung gewöhnt würden. Da wir im Automobilbau sehr viel mit Import, hauptsächlich aus Paris, zu rechnen haben, ist es nötig, auch die Arbeitsverhältnisse der dortigen Kollegen näher zu kennen. Unsere Arbeitgeber sind uns auf diesem Gebiet voraus. Bei einigermaßen gutem Willen dürfte es der Zentralkommission möglich sein, auch in dieser Beziehung das nötige Material zu sammeln und zu veröffentlichen. Mit der besseren Ausgestaltung des „Fachblattes für Holzarbeiter“ beschäftigen wir uns ebenfalls. Die erhöhten Ansprüche an die Leistungsfähigkeit, die an unsere Kollegen im Luxus- und Automobilbau gestellt werden, machen es uns geradezu zur Pflicht, auch für die fachliche Ausbildung unserer Kollegen mehr zu sorgen, als das bis jetzt geschah. Daß unsere Kollegen die teuren Fachblätter der Unternehmer abonnieren, ist ausgeschlossen; es wäre aber möglich, bei billigem Abonnement in unserem Fachblatt daselbe zu bieten. Auch auf diesem Gebiet könnte unserer Bewegung noch mancher wertvolle Dienst geleistet werden. Den Kollegen allerorts und der Zentralkommission im besonderen raten wir, Stellung zu nehmen zu den Vorschlägen, welche die Münchener Kollegen unterbreiten. Die Zeit ist ernst, unsere Arbeitgeber haben uns in puncto Organisation bereits überholt, und höchste Zeit ist es, daß die Wagner aus dem langen Schlafe der Gleichgültigkeit erwachen, denn nur dann ist es möglich, daß wir mit den verwandten Berufscollegen, den übrigen Holzarbeitern, gleichen Schritt halten.

Schilberg. Am 29. August hielt die neue Zahlstelle ihre erste gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Kollege Pacyna-Breslau referierte über „Alkoholfrage und moderne Arbeiterbewegung“. Der Geist unter den Kollegen ist ein sehr guter, und ist zu wünschen, daß die Entwicklung der Zahlstelle mit denselben gleichen Schritt hält, dann wird auch der Zeitpunkt nicht fern sein, wo geregelte Verhältnisse kraft guter Organisation und ausgeprägter Solidarität auch hier Platz greifen.

Stuttgart. (Maschinenarbeiter.) In den Berichten über die Lage der Maschinenarbeiter kommt immer mehr zum Ausdruck, daß eine Konferenz dringend notwendig ist. Nur die Mannheimer Kollegen sprachen sich kürzlich in der „Holzarbeiter-Zeitung“ dagegen aus. Sie meinen, daß alle Gründe, die bis jetzt angeführt worden, nicht stichhaltig seien, und daß alle Schwärmer für eine Konferenz keine Gelegenheit vorübergehen lassen sollten, neue Anhänger dem Verband zuzuführen. Das wird auch von seiten der Schwärmer mit Freuden begrüßt, nur glauben wir, daß gerade die Mannheimer Kollegen es am notwendigsten haben, besser zu agieren und sich bessere Verhältnisse zu schaffen. Wenn der Hauptvorstand die Maschinenarbeiter auch nicht als einen abgeschlossenen Beruf und so ist er dennoch verpflichtet, unsere Lage in möglichst bester Weise zu verbessern und darunter verschoben wir auch die sonstigen Verhältnisse. Zugunsten ist ja, daß bei Lohnbewegungen die Maschinenarbeiter mit inbegriffen sind und auch an den Ertragschaften teilhaben; aber wir haben doch noch manche Mißstände zu verzeichnen, die speziell nur uns betreffen, und deshalb sind wir der Ansicht, daß eine Konferenz der Maschinenarbeiter am besten Mittel und Wege finden wird, solche zu beseitigen. Auch haben wir öfters schon die Erziehung gemacht, daß sich unsere Kollegen Schreiner verdammt wenig um unsere Lage kümmern. Die in den letzten Nummern der „Holzarbeiter-Zeitung“ erschienenen Artikel verschiedener auswärtiger Sektionen weisen zur Genüge darauf hin, wie zahlreich die Mißstände noch vorhanden sind. In bezug auf Unfallverhütung, sanitärer und sonstiger Verhältnisse müssen in Walde Verbesserungen geschaffen werden. Lohnverhöhung und Arbeitszeitverkürzung sind ja dringend nötig, ebenso notwendig für uns ist aber auch die Anbringung von Schauforen und zweckmäßige Einrichtung der Maschinenställe, um möglichst unschwer arbeiten zu können. Auch betreffs Organisation wird eine Besprechung von großem Vorteil sein, sie wird überhaupt viel Gutes leisten können. Betrachten wir zum Beispiel in Süddeutschland unsere Industriestädte, unseren Schwarzwald, da gibt es noch sehr viel zu tun, auch dort muß ein Weg gefunden werden, um eine Besserung herbeizuführen. In Stuttgart wurde vom Gautag speziell darauf hingewiesen, daß besonders in den Sägewerken im Murr- und Enztal von etwa 300 beschäftigten Maschinenarbeitern nur 80 Prozent organisiert sind. Wollen wir mit diesem rechnen, dann muß noch tüchtig agitiert und zusammengearbeitet werden, denn nur dann können wir unsere Lage verbessern.

Ziegenhals. Am 27. August fand hier eine Versammlung der Drechsler und Drechlerei-Hilfsarbeiter statt, in der Kollege Pacyna-Breslau über die Lage der Drechsler und Hilfsarbeiter referierte. Die Lage der hiesigen Drechsler ist eine äußerst traurige. Bei der Firma Steffan, die 65 Arbeiter beschäftigt, werden Galanteriewaren angefertigt, die nach größeren Orten versandt werden. Tagelöhne von 1,80 bis 2 Mt. sind am Plage. Auf die Frage eines Kollegen, der bei dieser Firma in Arbeit treten wollte, wie man bei

den dort teuren Lebensmittelpreisen mit diesem geringen Lohn auskommen soll, erklärte Herr Steffan: Ja, meine Leute haben das Eintreten gut gelernt. Unter Eintreten versteht Herr Steffan, den Schmachttrien immer mehr zusammenziehen. Des weiteren erklärte dieser Herr, daß er an der Ware nichts verdiene und seine Arbeiter ihm schon die Hosen heruntergezogen haben, jetzt werden sie ihn noch das Hemd herunterziehen. Wie er durch seine Arbeiter heruntergekommen ist, beweist der Herr Steffan dadurch, daß er sich eine komfortable Villa gebaut hat. Mit diesen Mäßen könnte wohl Steffan seine Leute noch weiter beschäftigen, wenn er in seinem Wahn, mit den bei ihm beschäftigten Arbeitern, zum großen Teil Österreichern, machen zu können, was ihm beliebt, in letzter Zeit nicht große Preisreduzierungen vorgenommen hätte. Bei seinen Leuten Abzüge, auf seine Waren aber einen enormen Aufschlag. Das schlug dem Faß den Boden aus. Ein Teil der Kollegen trat in den Ausstand. Leider waren dieselben unorganisiert. Herr Steffan, der nun den Ernst der Sache merkte, zog die Preisreduzierung zurück. Die Kollegen sehen aber ein, daß sie vor solchen Ausbeutungsgeleuten nur durch eine starke Organisation geschützt werden können. Ein Teil der Kollegen ließ sich auch in der Versammlung aufnehmen. Den noch fernstehenden Kollegen rufen wir zu: Alle wie ein Mann hinein in den Deutschen Holzarbeiterverband, denn die Lage der Ziegenhals Drechsler und Hilfsarbeiter wird und kann nur durch eine starke Organisation gebessert werden.

Zürich. (Zentralarbeitsnachweis der Württembergischen in der Schweiz.) Seit ungefähr fünf Jahren hat die Organisation der Württembergischen in der Schweiz begonnen, festen Fuß zu fassen, und haben wir seither schon schöne Fortschritte in bezug auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse gemacht. Seit drei Jahren besteht in Zürich der Zentralarbeitsnachweis der Württembergischen der Schweiz, der sich recht gut eingebürgert hat. Da aber, wenn irgendwo in der Schweiz Differenzen ausbrechen, die Unternehmer sich sofort an die „Fachszeitung“ nach Leipzig wenden, so empfehlen wir den Kollegen in Deutschland, die beabsichtigen, in der Schweiz in Arbeit zu treten, sich unter allen Umständen an unseren Arbeitsnachweis zu wenden. Die Meister verstehen es ja oft, durch verlockende Inzerate Kollegen aus dem Ausland heranzuziehen; sind dieselben aber am Ziele angelangt, dann erfahren sie erst, daß sie zum Streikbruch engagiert sind. Um nun die Kollegen vor solchen Vorposten zu schützen, erfuchen wir sie, sich in jedem Falle zuerst bei unserem Arbeitsnachweis zu erkundigen. Wir sind in ständiger und jederzeit bereit, sofort Auskunft über jedes Geschäft zu geben. Bei Anfragen ist Reiseporto beizulegen. Die Adresse ist: Zentralarbeitsnachweis der Württembergischen in Zürich, Neumarkt 5.

Sterbetafel.

- Karl Braun, geb. 30. September 1877, gest. 15. Juli 1908 zu Heilbronn. Karl Krüger, Maschinenarbeiter, geb. 5. Mai 1851 zu Bartelsbagen, gest. 4. Juli 1908 zu Göttraw. Peter Chr. Laurson, Stellmacher, geb. 8. August 1883 zu Posttrupholz, gest. 10. Juli 1908 zu Gartha. Wilhelm Schmidt, Stellmacher, geb. 19. Juli 1848 zu Braunschweig, gest. 19. August 1908 zu Essen. Emil Zuber, geb. 7. Juli 1882 zu Colmar i. G., gest. ebenda. Kaspar Scherer, Fräser, geb. 22. September 1859 zu Nördlingen, gest. 3. August 1908 zu Göttingen. Gerhard Köhlig, Pestmacher, geb. 29. Januar 1846 zu Waldbrühl, gest. zu Engelskotten. Joh. Bapt. Hüls, Schreiner, geb. 22. April 1864 zu Kronach, gest. 18. Juli 1908 zu Fürth. Hermann Bösel, Schreiner, geb. 14. Januar 1888 zu Ruppheim, gest. 25. Juli 1908 zu Wildungen. M. Remenar, Württembergischer, geb. 4. April 1870 zu Priesburg, gest. 13. August 1908 zu Leipzig. E. Schlimmhaier, Schreiner, geb. 23. Dezember 1868 zu Ludwigsburg, gest. 24. Juli 1908 zu Stuttgart. Karl Knapp, Schreiner, geb. 3. Januar 1863 zu Heumaden, gest. 25. Juli 1908 zu Stuttgart. Guirix Michner, Schreiner, geb. 1. April 1871 in Aufstorf, gest. 2. August 1908 zu Pasing. Johann Weiß, Schreiner, geb. 23. November 1852 zu Neustadt, gest. 1. Mai 1908 zu Ludwigsbagen. Heinrich Sproll, Fräser, geb. 19. Juli 1874 zu Heidelberg, gest. 1. August 1908 zu Ludwigsbagen. Ernst Jul. Hippner, Schreiner, geb. 24. April 1862 zu Ebersdorf, gest. 3. August 1908 zu Ludwigsbagen. Karl Herzhauser, geb. 6. Juni 1873 zu Kaiserslautern, gest. 6. Juli 1908 ebenda. Karl Liesmann, geb. 7. Februar 1873 zu Rheim, gest. 27. Juli 1908 zu Kaiserslautern. Aug. Lorek, Korbarbeiter, geb. 21. Februar 1869 zu Oppeln, gest. 18. Juli 1908 zu Breslau. Johann Mittsche, Tischler, geb. 12. September 1855 zu Haidau, gest. 22. Juli 1908 zu Breslau. Karl Willmann, Böttcher, geb. 26. Juni 1867 zu Moritzfelde, gest. 12. August 1908 zu Stolp. Max Eblich, Tischler, geb. 27. August 1876 zu Breslau, gest. 9. August 1908 ebenda. Friedr. Dietmann, Württembergischer, geb. 23. August 1888 zu Schwarzenmoor, gest. 23. August 1908 zu Herford. Albin Weißflog, Korbarbeiter, geb. 27. März 1876 zu Raschau, gest. 1. September 1908 ebenda. Lorenz Deckers, Drechsler, geb. 5. April 1858 zu Wesel, gest. 2. September 1908 zu Essen. Adolf Mührer, Tischler, geb. 25. Juli 1889 zu Waudach, gest. 7. August 1908 zu Göttraw. Georg Falk, Tischler, geb. 29. Oktober 1867 zu Göttraw, gest. 25. August 1908 zu Karlsruhe. Josef Schmalze, Tischler, geb. 15. Mai 1880 zu Viebersdorf in Böhmen, gest. 5. September 1908 zu Leipzig. Edwin Marx, Tischler, gest. 12. August 1908 zu Pirna. Adolf Kurz, Schreiner, geb. 25. Mai 1864 zu Neuklingen, gest. 1. September 1908 zu Stuttgart. Franz Kattner, Schreiner, geb. 2. Oktober 1882 zu Neu-Gadischla, gest. 27. August 1908 zu Stuttgart. Ihre ihrem Andenken! Die Ortsverwaltungen.

Unsere Lohnbewegung.

Im Altensande befinden sich die Korbmacher bereits 7 Wochen im Abwehrstreik. Die Dauer des Streiks ist nur auf den bis jetzt lauen Geschäftsgang zurückzuführen. Jetzt beginnt ein regerer Fischverstand, und der Streik wird seinen Höhepunkt erreicht haben. Es befinden sich noch 15 Kollegen im Streik, alle anderen sind abgereist. Die Stimmung unter den Streikenden ist eine siegesbewusste, und wird nur gewünscht, daß der Bezug wie bisher ferngehalten wird.

In Fürstenberg a. O. versuchen es die Korbmachermeister wieder mit Lohnabzügen. Die Kollegen lehnten jedoch den Lohnabzug von 25 Pf. pro Stück ab, und es traten in sechs Werkstellen 18 Mann in den Ausstand. Andere Werkstellen werden voraussichtlich folgen. Wir bitten, das zu beachten und den Bezug fernzuhalten.

In Garmisch-Partenkirchen konnte der Streik nach 14 Wochen Dauer endlich erfolgreich beendet werden. Es wurde ein Vertrag abgeschlossen mit Gültigkeit bis 1. Mai 1911. Die hauptsächlichsten Errungenschaften sind 8 Stunden Arbeitszeitverkürzung, eine sofortige Lohnerhöhung um 30 Pf. im Tag und im nächsten Jahre eine solche von 1 Pf. die Stunde. Mindestlohn von 88 Pf., Garantie des Taglohnes im Afford und Zuschläge für Überstunden und auswärtige Arbeiten. Dieser Kampf dürfte dazu beitragen, dem Verbands erneute Ausbreitung in unserer Gebirgsgegend zu ermöglichen, wenn mit dem nötigen Eifer die Agitation für den Betrieb betrieben wird. Darum kein Ruhen und Rasten, stets vorwärts wollen wir streben.

Zu Kaiserlautern ist die Aussperrung bei der Firma Wilh. Engher, Möbelfabrik, zugunsten der Arbeiter beendet worden. Nach wochenlangem Kampfe sah sich die Firma genötigt, die Forderungen der Polierer, wegen derer sämtliche Arbeiter ausgesperrt wurden, zu erfüllen. Erreicht wurde neben anderen kleinen Vorteilen, daß der Lohn der Polierer, der bisher nur 25 bis 30 Mk. in 14 Tagen betrug, auf 39,60 bis 42 Mk. erhöht wurde. Der Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe stand Herrn Engher, der Vorsitzender des Bezirksverbandes Kaiserlautern ist, während der Aussperrung hilfreich zur Seite. Er verpflichtete seine Mitglieder, keinen Arbeiter von Engher einzustellen, und stieß jämmerliche Klageböden aus, als er erfuhr, daß die schwarze Liste ihre Wirkung verfehlt und immer mehr Arbeiter von Engher andere Arbeit erhalten. Die „Fachszeitung“ brachte während der Dauer des Kampfes den Tatsachen zuwiderlaufende Berichte. Sie behauptete von Anfang an, daß die Differenzen entstanden seien, weil Engher von seinen Polierern verlangte, daß sie für gutes Geld auch gute Arbeit liefern sollen. — Gutes Geld nennen also die Unternehmer einen Verdienst von 25 bis 30 Mk. in 14 Tagen, und sie bezeichnen es als frivol und ungerecht, wenn sich die Arbeiter erlauben, einen höheren Lohn zu verlangen als den bereits angeführten. Hätte Herr Engher nur einigermaßen Entgegenkommen gezeigt, so hätte die ganze Sache in Güte geregelt werden können. Sogar Unternehmer bezeichnen es als Schande, daß Herr Engher seine Arbeiter mit so niedrigen Löhnen absperrt und sie obendrein noch aussperrt, wenn einzelne von ihnen einen höheren Lohn verlangen. Diese Unternehmer haben auch die Beschlüsse des Arbeitgeberverbandes nicht beachtet und haben die Arbeiter von Engher eingestellt. Wenn unsere Unternehmer den Arbeitern Zugeständnisse machen müssen, so ist ihnen das sehr unangenehm, und sie schämen sich, es einzugehen. Auch diesmal läßt ihr Stolz nicht zu, der Wahrheit die Ehre zu geben. In der Nummer 85 der „Fachszeitung“ wird ganz einfach geschrieben, die Arbeiter haben nach wochenlangem Kampfe eingesehen, daß ihre Forderungen ungerecht sind, und haben die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen. Wir verstehen den Arg der Unternehmer darüber, daß sie nicht mehr so schalten und walten können, wie sie es bisher gewohnt waren. Wenn aber ein Unternehmer durch Unterschrift erklärt, er bester die Löhne der Arbeiter um 12 bis 14,60 Mk. auf, so kann doch von einer bedingungslosen Aufnahme der Arbeit keine Rede sein. Noch sonderbarer erscheint der Bericht in der „Fachszeitung“, wenn man weiß, daß er von demselben Herrn Engher ausgeht, der die Vereinbarungen bei Aufhebung der Aussperrung mit seiner Unterschrift im Beisein unserer Vertreter bestätigte. Wir haben schon öfters die Erfahrung machen müssen, daß es unsere Unternehmer mit der Wahrheit nicht so genau nehmen. Doch der Artikel aus Kaiserlautern in der Nr. 85 der „Fachszeitung“ übertrifft alles bisher Dagewesene. Entweder weiß Herr Engher gar nicht mehr, was er bewilligt hat, oder er trägt sich schon wieder mit dem Gedanken, die Vereinbarungen zu durchbrechen. Es hat auch keinen Wert, wenn es den übrigen Unternehmern verheimlicht werden soll, daß Herr Engher trotz der Aussperrung den Polierern Zugeständnisse machen mußte. Denn auch sie würden im gegebenen Falle ja ebenfalls einsehen müssen, daß die Macht der Arbeiter so groß ist, daß die Unternehmer die berechtigten Wünsche der Arbeiter erfüllen müssen. Besonders komisch hört es sich an, wenn in dem Artikel der „Fachszeitung“ wieder das alte Ding angeklammert wird: Die Arbeiter haben schon wiederholt versucht, einzelne Mitglieder des Schutzverbandes abzuschlagen, und sie beabsichtigen, den Schutzverband zu sprengen. Solche gefährliche Leute sind unsere Kollegen gar nicht. Sie überlassen es ruhig den Unternehmern, Scharfrichter zu spielen, und diese bringen es ja auch ganz gut fertig, sich gegenseitig abzuschlagen. Wenn die „Fachszeitung“ noch Wert darauf legt, wahrheitsgemäße Berichte zu bringen, so wird sie wohl über übel in ihrer nächsten Nummer eingestehen müssen, daß sie von ihrem Kaiserlauterner Berichterstatter wieder einmal gründlich angefohlt wurde. Sie wird zugeben müssen, daß die Arbeiter von Engher nicht bedingungslos die Arbeit aufgenommen, sondern Verschlechterungen abgewehrt haben und noch eine wesentliche Lohn-erhöhung für die Polierer erreichten. Unsere Kollegen aber mögen erkennen, daß es möglich ist, auch während einer schlechten Geschäftszeit etwas zu erreichen, wenn die Arbeiter zusammenhalten. Wir haben noch viel zu erkämpfen, damit wir zu dem kommen, was unsere Kollegen an anderen Orten schon längst haben. Unsere Unternehmer wollen sich den Popf, den sie schon so lange tragen, noch länger wachsen lassen. Sie werden auch späterhin ganz nach dem Beispiel von Engher ihre Arbeiter aussperrern, wenn sie eine kleine Verbesserung ihrer Verhältnisse erstreben wollen. Unsere

jetzigen Arbeitsverhältnisse bedürfen einer gründlichen Verbesserung, darum sorgen wir dafür, daß die unorganisierten Kollegen Mitglieder unseres Verbandes werden, denn nur im Holzarbeiterverband finden wir die beste Stütze im Kampfe ums Dasein.

Aus der Holzindustrie.

Über die Arbeitslosigkeit in der Holzindustrie

brachte die „Fachszeitung“ der Tischlermeister einige Angaben, nach denen die Abnahme der Arbeitslosenziffer keine Besserung der wirtschaftlichen Lage darstelle. Die „Fachszeitung“ liebt es ja, derartige Dinge tendenziös zu entstellen, sie braucht ja die hohen Arbeitslosenziffern, um den beehrlichen Holzarbeitern begreiflich zu machen, daß keine Aussicht auf Verbesserungen im Arbeitsverhältnis bestehe. Sie führt zu diesem Zwecke die Mitgliederziffer der Berliner Tischlerinnungskassens an und will mit deren fast gleich gebliebenem Mitgliederstand beweisen, daß ein besserer Beschäftigungsgrad nicht vorhanden sei, die Krise keine Erleichterung erfahren habe. Die geringeren Arbeitslosenziffern führt das Blatt darauf zurück, daß eine Anzahl arbeitsloser Holzarbeiter in andere Berufsarten übergegangen seien und — namentlich Polierer — Beschäftigung im Obsthändler gefunden hätten. Wir wissen nicht, ob die Polierer tatsächlich eine besondere Qualifikation zum Obsthändler haben, was aber den Übertritt zu anderen Berufsarten anbelangt, so wird es in den anderen Berufen nicht besser aussehen wie in der Holzindustrie und schon deshalb ein „Umsatteln“ in größerem Umfange sich verbieten. Mit der Tatsache der Verringerung der Arbeitslosenziffern muß sich die „Fachszeitung“ abfinden, sie trifft nicht nur für Berlin zu, sondern ist im ganzen Reich zu verzeichnen und betrug im Juli 8,72 Prozent unserer Mitglieder gegen 5,81 Prozent im Januar. Darüber braucht aber die „Fachszeitung“ nicht zu greinen. Die Arbeitslosenziffern sind gegen die Vorjahre immer noch hoch genug, sie betrugen im Juli 1907 1,31, 1908 1,18, 1909 1,00 und 1904 gar nur 0,75 Prozent.

Aber nach einer anderen Seite sind unsere Arbeitslosenzählungen recht interessant. Die Größe der Arbeitslosigkeit ist in den verschiedenen Gauen eine recht unterschiedliche. Wir hatten Arbeitslose im Gau Danzig 2,08, Stettin 3,00, Breslau 2,11, Berlin 10,34, Dresden 2,87, Chemnitz 2,24, Erfurt 1,17, Magdeburg 2,79, Hamburg 3,65, Hannover 2,16, Düsseldorf 3,00, Frankfurt a. M. 1,95, Nürnberg 1,90, München 2,21 und Stuttgart 0,86 Prozent. Berlin ragt also mit seinen 10,34 Prozent bedeutend über alle anderen Bezirke hinaus. Eine vernichtendere Beurteilung der wachstümlichen Aussperrungstaktik einiger Berliner Scharfmacher kann kaum gegeben werden. Durch die vorjährige lange Aussperrung hat die Berliner Holzindustrie ihr Absatzgebiet zu einem erheblichen Teil an die Provinz abgeben müssen. Die Berliner Tischlermeister und Möbelfabrikanten, deren Betriebe leerstehen, mögen sich bei den Herren Rahardt und Genossen bedanken.

Rahardts Schilling. In dem Krach im Berliner Lager der Gelben, von welchem wir in voriger Nummer Notiz genommen haben, spielt auch der bekannte Meinte eine gewisse Rolle. Es ist der Vertreter des „Deutschen Handwerker-Schutzverbandes“, welchen Namen sich das hiesige gelbe Tischler in Berlin beigelegt hat. Von dieser Gesellschaft hat man im Grunde nichts weiter gehört, als daß sie der Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes und dem Tischlerstag durch Überreichung einer devoten Adresse eine große Freude bereitet hat. Nachdem nun der edle Meinte im Krach von seinem ebenso edlen gelben Freund Lebins geschieden ist, gibt dieser in seinem „Bund“ ein hübsches Kontingent von dem Meinter des „Handwerker-Schutzverbandes“. Wir geben es gern wieder, da die Person des Meinte für unsere Leser nicht ganz ohne Interesse ist.

Nachdem Lebins mitgeteilt hat, daß sich sein Gegner Beiersdorf unterworfen, Abbitte geleistet und versprochen habe, sich anderthalb Jahre ins Privatleben zurückzuziehen, kommt er auf den Meinte'schen Handwerker-Schutzverband zu sprechen, von dem er schreibt:

„Der Vorsitzende dieses Vereins, der Inzeratensammler der „Tischlermeister-Zeitung“ ist, leidet an herostratischen Gelüsten. Als vor sechs Monaten der Verein trotz der Meinte'schen Unfähigkeit auf etwa 200 Mitglieder gewachsen war, bekam es Herr Meinte durch heispiellose Ungeschicklichkeit fertig, den Verein zu sprengen. Der Bundesvorstand nahm sich damals der Vereinsstümmer an. Er räumte dem halbtothen Verein zwei Zimmer in seinem Arbeitsnachweis ein, gab Licht und Telefon und stundete Miets wie Gebühren. Herr Meinte macht es nun so wie die erstarrte Natter, die der gutmütige Landmann an seiner Brust zum Leben erwärmt und die ihren Ketter biß. Nachdem der Bundesvorstand dem Meinte'schen Verein noch eine laufende Geldquelle verschafft hatte, rückte der Verein plötzlich heimlich aus dem Arbeitsnachweis — natürlich ohne zu zahlen. Seitdem gefällt sich Herr Meinte in maßlosen Angriffen auf den Bundesvorstand.“

Auch dieser Sache ist keinerlei Bedeutung beizumessen, weil Herr Meinte in Organisationsfragen eine große Null ist. Wir könnten diese Behauptung durch viele Beispiele beweisen, müssen aber auf die Wiedergabe der Mag- und Moriz-Streiche verzichten, weil ja schließlich „Der Bund“ kein Witzblatt ist. Die Meinte'sche Herrlichkeit wird nicht lange währen.

In Arbeiterkreisen nimmt man mißtrauisch daran Anstoß, daß Meinte als Angestellter der Arbeitgeberorganisation sich die Leitung des Arbeitervereins anmaßt, und wie gering man Herrn Meinte in den Arbeitgeberkreisen einschätzt, lehrt ein derber, aber höchst drastischer Auspruch des Obermeisters.

Wuch ist das Gerücht unrichtig, daß hinter Meinte Herr Obermeister Rahardt stände und daß Herr Meinte dazu

aussehen sei, die gelben Arbeiter für die Rahardt'sche Mittelstandspolitik einzufangen. Herr Rahardt ist ein viel zu geschickter Taktiker, um zu solchem Ziele auf dem Wege der Zersplitterung der gelben Arbeiterbewegung zu gelangen.

Der Bundesvorstand hat nunmehr beschlossen, die Organisierung der gelben Holzarbeiterbewegung selbst in die Hand zu nehmen, und er wird in den nächsten Tagen seinen Arbeitsnachweis auch auf die Holzindustrie ausdehnen.“

Wir können die Gründe begreifen, die den Lebins veranlaßt haben, zwischen dem so schön gezeichneten Meinte und dem Obermeister Rahardt eine Trennungslinie zu ziehen, aber dieser Trennungsvorschlag ist doch gar zu plump, als daß er viele Gläubige finden könnte. Für die innigen Beziehungen zwischen beiden Männern spricht u. a. auch der Umstand, daß Meinte Angestellter des Schutzverbandes ist und als Inzeratensammler für die „Fachszeitung“ fungiert. Auch auf das Zustandekommen der hübschen Adresse, die Meinte an die Generalversammlung des Schutzverbandes richtete, und die dort so viele Freude erregte, wirft die Plauderei des Lebins ein bezeichnendes Licht. Diesen Meinte nun möchte Herr Rahardt, wie er in seiner Rede in der Generalversammlung der Innungskassens durchblicken ließ, als Krankenträger bei der Kasse angestellt sehen. Ob Herr Rahardt seinen Schilling Meinte nun noch weiter stützen wird? Viel Freude hat er an dem Braven, wie wir sehen, nicht erlebt.

Die Korbwarenindustrie in Oberfranken steht nach dem Bericht der dortigen Handelskammer auf ein sehr günstiges Geschäftsjahr zurück. Die meisten Arbeiter hatten, wie der Bericht weiter meldet, viel zu tun, manche konnten die übernommenen Aufträge nicht sämtlich erledigen. Da die Arbeiter vielfach höhere Preise verlangten, mußte — namentlich unter dem Druck der ausländischen Konkurrenz — bei manchen Aufträgen mit ganz geringem Nutzen gearbeitet werden. Die Preise für alle Sorten Weiden erreichten eine außerordentliche Höhe; der auf dieses Rohmaterial gelegte Eingangszoll machte sich immer schwerer fühlbar. Im Interesse der Konkurrenzfähigkeit der Korbwarenindustrie sei die vollständige Beseitigung dieses Zolles eine dringende Notwendigkeit. Leider machen sich, wie der Bericht betont, die Wirkungen der Handelsverträge recht unvorteilhaft bemerkbar, und wenn bei weiterem Abflauen der Handel noch mehr als seither Absatz im Ausland suchen müsse, so werde er besonders gegenüber den sich immer mehr entwickelnden Konkurrenzindustrien im Ausland einen recht schwierigen Stand bekommen. Frankreich, Österreich-Ungarn, Japan und Rußland liefern jetzt schon große Posten Korbwaren, und auch in Belgien, Holland, England, Italien und Norwegen erstarken die einheimischen Korbwarenindustrien immer mehr. Bei neuen Handelsverträgen müsse die gebotene Rücksicht auf die Interessen der deutschen Korbwarenindustrie genommen werden. Das Geschäft nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika war recht lebhaft, und erst im Oktober, als die amerikanische Krise ausbrach und Handel und Industrie zu beunruhigen begann, wurden einzelne Firmen bei Erteilung ihrer Aufträge etwas zurückhaltender. Ein weiterer Rückgang würde um so schwerer empfunden werden, als die Korbwarenindustrie in erster Reihe auf Amerika, als ihr vornehmstes Absatzgebiet, angewiesen ist.

Gewerkschaftliches.

Die Nährväter der Gelben.

Mit großem Lantam ist zu Pfingsten vorigen Jahres in einer Versammlung zu Hamburg der „Bund vaterländischer Arbeitervereine“ ins Leben gerufen worden. Nährvater von dem Ganzen fungierte der bekannte Agent des Reichslügenverbandes, Ermert aus Waldenburg in Schlesien. Die gesamte gutgesinnte Presse schloß damals wahre Bergelbäume vor Vergnügen, und der zitatenfrohe Reichslügen-Bildungsbeistehende sich telegraphisch zu versichern, daß ihm der Ruf der gelben Gewerkschaft große Freude bereitet habe.

Diese gelbe Organisation, der, wie es damals hieß, 37 Vereine mit 7000 Mitgliedern beigetreten seien, hielt nun anfangs September ihre zweite Generalversammlung in Waldenburg in Schlesien. Im Gegensatz zur Hamburger Tagung fand diese Versammlung unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Das hätte nicht viel zu bedeuten, denn im Grunde genommen ist es doch ziemlich gleichgültig, womit sich diese Gesellschaft beschäftigt. Interessant wurde die Veranstaltung nur dadurch, daß am Tage ihrer Eröffnung die Breslauer „Volkswacht“ Dokumente veröffentlichte, durch welche das intime Verhältnis offenbar wurde, welches zwischen dem „Bund vaterländischer Arbeitervereine“ und den scharfmacherischen Unternehmerorganisationen besteht. Daß die verschiedenen gelben Organisationen von den Scharfmachern ausgehalten werden, war ja freilich schon länger bekannt; der Wert der Veröffentlichungen der „Volkswacht“ liegt aber darin, daß durch sie der dokumentarische Beweis für diese Tatsache erbracht wird.

Seider gestattet es unser Raum nicht, die interessanten Dokumente in vollem Umfang abzudrucken, wir müssen uns darauf beschränken, die markantesten Stellen wiedergeben. Da ist zunächst eine Niederschrift über die Vorstandssitzung vom 14. Juli 1908 des Vereins für die bergbaulichen Interessen Niederschlesiens. In jener Sitzung stand als erster Punkt auf der Tagesordnung: „Stellungnahme zu dem Gesuch des Sekretariats des Verbandes der Reichstreuen Bergarbeitervereine um Leistung von Beiträgen zur Veranstaltung eines Vertretertags der Reichstreuen Arbeitervereine Deutschlands.“ Aus den Verhandlungen geht hervor, daß sich der „Arbeitersekretär“ Ermert an die Mehrzahl der in der Sitzung anwesenden Bergwerksdirektoren gewandt hat, um von ihnen Beiträge für den bezeichneten Zweck zu erlangen. Die Herren einigten

sich dahin, daß an Stelle von einzelnen Beiträgen ein Gesamtbeitrag vom Verein geleistet wird. Dabei wird jedoch zum Ausdruck gebracht, daß die in Aussicht genommene vollständig freie Bewirtung der Vertreter einschließlich des Erlasses der Reisekosten zu weit gehe. Die Höhe des zu bewilligenden Beitrags wurde auf 1500 Mark festgesetzt, deren Auszahlung jedoch an folgende Voraussetzungen geknüpft wird:

1. daß der Verein für die bergbaulichen Interessen nachträglich Mitteilung erhält über Art und Umfang der geplanten Veranstaltungen;

2. daß ein Beschluß des Verbandsvorstandes über die Abhaltung des Vertretertags in Waldenburg beigebracht,

3. daß ein unter Zuziehung von Vertretern des Bergbaulichen Vereins zu bildendes Komitee über die Verwendung der zur Verfügung gestellten Mittel beschließt und Rechenschaft gibt."

Dieses Protokoll gibt mit aller wünschenswerten Deutlichkeit Auskunft über die Quellen, aus welchen diese Sorte von „Arbeitervereinen“ ihre Mittel beziehen. Die Organisation der Scharmacher gibt das Geld her und zieht die Drähte, an denen die sogenannten Arbeitervertreter tanzen. Dem Verein für die bergbaulichen Interessen ging das Verlangen nach vollständig freier Bewirtung der Delegierten der „vaterländischen Arbeitervereine“ doch etwas zu weit, möglich, daß ein anderer Scharmacherverband diesen Teil der Kosten übernommen hat.

Die „vaterländischen Arbeitervereine“ schnorren aber die Scharmacher nicht nur an, um die Kosten eines Delegiertentags herauszuschinden, sondern sie stehen vollständig unter der Kontrolle der Unternehmer, die ihnen vorschreiben, was sie zu tun und zu lassen haben. Das geht klar aus dem ebenfalls veröffentlichten Briefwechsel zwischen den Bergwerksdirektoren Gdert und Pfistorius hervor. Gegenstand dieses Briefwechsels ist eine Eingabe des reichstreuen Bergarbeiterverbandes an den Landtagsabgeordneten Krause. Auf den Gegenstand der Eingabe kommt es hier nicht an, es genügt, zu erwähnen, daß Gdert ihn für aussichtslos hält. Er schreibt deshalb seinen Brief mit den Worten:

„Meines Erachtens wäre es daher dringend erwünscht, den Vorstand des reichstreuen Bergarbeiterverbandes von der Verfolgung derartig undurchführbarer Pläne rechtzeitig abzubringen.“

Sehr interessant ist die Antwort, die der Bergwerksdirektor Pfistorius auf dieses Schreiben gibt. Sie enthüllt deutlich das Verhältnis, in welchem der reichstreue Bergarbeiterverband zu dem Unternehmertum steht, und läßt auch die Grundzüge erkennen, nach welchen dieses seine Vor-

mundschaft ausübt. Das charakteristische Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Kollege!

Zu Ihrem gefälligen Schreiben vom 10. Januar teile ich Ihnen ergebenst mit, daß es leider der Vorstand des reichstreuen Bergarbeiterverbandes veräußert hat, mir die geplanten Eingaben an Herrn Amtsgerichtsrat Krause und an den Reichskanzler vor der Absendung zur Einsichtnahme zuzusenden. Nach den Statuten wäre der Vorstand verpflichtet gewesen, in einer Sitzung diese Angelegenheit zu beraten und mich zu dieser Sitzung zuzuziehen. Das ist aber nicht geschehen, trotzdem ich wiederholt ersucht habe, demnächst eine Vorstandssitzung einzuberufen, in welcher ich den Herren eine allgemeine Richtschnur darüber geben wollte, wie die reichstreuen Bergarbeitervereine weiter in ihrer Propaganda vorwärtsgehen sollten.

Solange der jetzige Vorsitzende, Herr Wettersteiger Schmidt, welcher für diesen Posten vollständig ungeeignet (!) ist, den Vorsth im Vorstand führen wird, glaube ich, daß auch eine Änderung in den Bestrebungen des reichstreuen Bergarbeiterverbandes nicht eintreten werde. Ich empfehle daher dringend, von Seiten des Bergbaulichen Vereins dahin zu wirken, daß dieser Herr den Vorsth niederlegt, damit endlich in dem reichstreuen Bergarbeiterverband geordnete Zustände entstehen.

Im allgemeinen stehe ich nicht auf Ihrem Standpunkt, daß man die reichstreuen Bergarbeiter von allen Eingaben abhalten soll, die undurchführbar oder aussichtslos sind. Die Sozialdemokratie bringt regulär jedes Jahr eine ganze Menge Anträge ein, von deren Aussichtslosigkeit sie im voraus überzeugt ist, lediglich um für ihre Sache Propaganda zu machen. Wenn die reichstreuen Bergarbeitervereine nur solche Sachen einbringen wollen, von deren Durchführbarkeit sie und wir überzeugt sind, so werden sich überhaupt wenig Anträge finden lassen, die die Herren einbringen können.

Ich empfehle, gelegentlich diese Angelegenheit im Vorstand des Bergbaulichen Vereins zu erörtern.

Mit hochachtungsvollem Glück auf!
Ihr ergebener (gez.) Pfistorius.

Dieses Schreiben spricht für sich selbst, jede Kritik könnte seine Wirkung nur abschwächen. Den gelben Vereinen, die unter irgend welcher Firma ausgehen, unter den Arbeitern Anhänger zu werden, wird man künftig an der Hand dieser Dokumente einwandfrei nachweisen können, daß sie nur Werkzeuge in der Hand der Scharmacher sind.

Der Photographengehilfenverband, der sich am 1. Juli mit der vor einiger Zeit abgesplitterten Sonderorganisation der Photographengehilfen in Dresden, Leipzig und München wieder vereinigt hat, hat nunmehr durch Urabstimmung den Anschluß an den Verband der Lithographen und Steinbrucker beschlossen.

Der erste internationale Glasarbeiterkongress fand Ende August in Paris statt. Es waren Vertreter aus Frankreich, Deutschland, Dänemark, Schweden, Holland, Belgien, der Schweiz, Italien, England und Amerika anwesend, einige andere Länder hatten anwesenden Delegierten ihr Mandat übertragen. Der wichtigste Gegenstand der Verhandlung war die Schaffung einer internationalen Verbindung. Dieselbe wurde auch beschlossen und als Beitrag für dieselbe 16 Pf. pro Jahr und Mitglied bestimmt. Leider haben die amerikanischen und belgischen Delegierten den Kongress vorzeitig verlassen, weil sie mit dessen Stellungnahme in der Frage, ob in den einzelnen Ländern die Branchenorganisationen bestehen bleiben oder ob sie sich zu Industrieverbänden zusammenschließen sollen, nicht einverstanden waren. Der Kongress hatte sich für Industrieverbände ausgesprochen. In bezug auf die Einführung von Maschinen in der Glasindustrie wurde beschlossen, sich dem Maschinenbetrieb soweit als möglich zu widersetzen, aber ihn nicht absolut abzulehnen, da er im kapitalistischen System unvermeidlich ist. Zum Sekretär der internationalen Vereinigung wurde der Vorsitzende des Deutschen Glasarbeiterverbandes, Girbig, gewählt.

Ein internationaler Transportarbeiterkongress tagte in der letzten Augustwoche in Wien. Der internationalen Transportarbeiterföderation gehören jetzt 44 Organisationen mit 496 000 Mitgliedern an. Sie besitzt in der Person des Genossen Jochade in Hamburg einen Sekretär, der diesen Posten im Hauptamt verwaltet. Auf der Konferenz waren Vertreter aus 17 Ländern anwesend. In den Verhandlungen spielte die der Import englischer Streikbrecher eine bedeutende Rolle. Die Diskussion über die Abwehrmaßnahmen gegen die Pläne der international vereinigten Meeder endete mit der Annahme einer längeren Resolution, in welcher als wichtigste Aufgabe die Bekämpfung und Verhinderung des Streikbrecherexports und -imports bezeichnet wird. Interessant war die Teilnahme eines Vertreters der Eisenbahner von Konstantinopel an dem Kongress. Er berichtete über die zurzeit schwebenden Streiks der Eisenbahner in der Türkei. In einer Resolution über den Streik der Eisenbahner wird geraten, nur dann in einen Streik einzutreten, wenn die Eisenbahner der Sympathie der Bevölkerung sicher sind. Zum Vorsitzenden der internationalen Transportarbeiterföderation wurde Jochade-Hamburg wiedergewählt.

Dem Kongress vorausgegangen waren besondere Konferenzen der Eisenbahner und Seeleute. Auf der Konferenz der Eisenbahner wurde der Wert einer streifen Zentralföderation der Eisenbahner betont. Auf der Konferenz der Seeleute war die Frage des Ausschlusses von Negern und Asiaten von den europäischen Schiffen ein wichtiger Gegenstand der Beratung. Das Resultat der sehr eingehenden Aussprache war die Annahme einer Resolution, in welcher gegen den Massenimport farbiger als Streikbrecher protestiert und verlangt wird, daß farbige und Fremdsprachige nur zu gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen wie die Eingheimischen eingestellt werden dürfen. Weitere Beschlüsse regeln den Uebtritt in ausländische Organisationen und schaffen den Seeleuten die Möglichkeit, ihre Beiträge auch im Ausland zu entrichten.

Unternehmerbewegung.

Arbeitgeberverbände. Auch die Schlossermeister wollen sich einen Arbeitgeberverband zulegen. Der kürzlich in Stuttgart abgehaltene Verbandstag süddeutscher Schlossermeister erklärte sich für die Gründung eines Schutzverbandes und beauftragte eine Kommission mit der Ausarbeitung von Satzungen, auf Grund deren in den einzelnen Orten und Bezirken unverzüglich Ortsverbände ins Leben gerufen werden sollen.

Der gleiche Gegenstand wurde auch auf dem Verbandstag der Sattler-, Riemen- und Täschnerinnungen behandelt, doch fand der bekannte Herr Masse aus Berlin, der sich eifrig für den Anschluß an den Schutzverband ins Zeug legte, hier wenig Gegenliebe. Ein Delegierter rechnete ihm vor, daß der Schutzverband den Sattlerbund 25 000 Mark jährlich kosten würde, welche Kosten mit den etwaigen Erfolgen durchaus nicht in Einklang zu bringen seien. Die meisten Betriebe, so führte dieser Redner aus, beschäftigen nicht mehr als zwei bis drei Gesellen. Nur den großkapitalistischen Unternehmern würden die Kleinbetriebe Vorspanndienste leisten, wenn sie mit ihnen Hand in Hand gingen. Die Großindustriellen ruinieren das Handwerk, nicht die Arbeiter. Gleiche Ansichten wurden auch von anderen Rednern geäußert und unter anderem erklärt, daß es nicht wahr sei, daß die Arbeiter Handel und Gewerbe ruinieren; damit würden sie sich ja selbst die größten Nachteile zuziehen. Ein Schutzverband diene nur dem Großkapital und nicht dem Handwerk. Diesen Ausführungen stimmte der Verbandstag zu, und der Anschluß an den Schutzverband wurde abgelehnt.

Eingesandt.

Eine Richtigstellung.

Das jetzt vorliegende Protokoll über die Verhandlungen des letzten Verbandstages zwingt mich zu einigen Berichtigungen, soweit die dort nicht vertreten gewesene Zahlstelle Bremshaven, respektive deren Geschäftsleitung bei einigen Anlässen im Laufe der Verhandlungen genannt worden ist. Wenn man zunächst, laut Bericht der Mandatprüfungskommission (auch Kollege Neumann wird noch den Beweis erbringen müssen), der hiesigen Geschäftsleitung die Schuld beimißt, die eventuell von Seiten des Vorstandes anzunehmende Nachwahl durch das Verstreichenlassen der Zeit unmöglich gemacht zu haben, so ist dieses nicht ganz richtig. Der Inhalt der über die Wahlhandlung eingehenden Berichte hatte, wie ja auch selbstverständlich, der

Arbeitslosigkeit im Monat August 1908.

Ort	Anzahl der Arbeitslosen am letzten Tage des Monats	Arbeitslose Mitglieder am Orte				Unterstützung haben erhalten										
		vom vorigen Monat	Zugang in diesem Monat	Gesamtzahl	am letzten Tage des Monats	Arbeitslose am Orte				Arbeitslose auf der Reise						
						Mitgl.	Tage	Mt.	Pf.	Mitgl.	Tage	Mt.	Pf.			
Danzig	27	2454	29	54	83	23	3	69	608	795	34	52	91	87	24	5
Stettin	36	2854	87	135	222	91	8	89	723	928	62	190	302	281	99	2
Breslau	38	6399	111	200	811	184	5	182	1560	2131	81	148	265	241	73	4
Berlin	89	32630	2926	2682	5608	1803	36	1348	14904	20975	12	479	979	958	01	3
Dresden	52	11449	329	343	672	269	12	277	2776	3826	26	271	456	430	27	1
Chemnitz	57	12523	218	556	774	213	29	265	2785	3582	83	487	740	685	67	1
Erfurt	54	4762	66	72	138	78	16	87	1048	1295	74	395	552	525	86	—
Magdeburg	32	5633	145	196	341	98	17	157	1642	2181	61	458	782	692	27	2
Hamburg	63	16370	495	1136	1631	427	57	594	5534	7351	83	1096	1709	1607	26	2
Hannover	44	8547	152	408	560	223	30	181	1903	1990	13	700	1974	1210	24	2
Düsseldorf	49	7188	146	246	392	115	44	155	198	158	16	870	1401	1317	07	6
Frankfurt	55	9784	228	337	565	265	40	219	211	267	98	1303	2131	2023	95	7
Mürnberg	38	8618	193	407	600	415	13	227	2320	3033	77	579	1044	970	68	1
München	39	5789	128	364	492	147	17	129	1570	1959	91	782	1362	1246	45	2
Stuttgart	87	8694	74	113	187	80	37	90	913	1250	69	1214	2042	1944	90	4
Hauptkasse	—	832	1	3	4	3	3	3	48	52	—	20	36	36	—	—

Die Zahlstellen, welche nicht berichtet haben sind: Briesen, Czest, Deutsch-Czylau, Marienburg, Osterode — Laffan, Waven — Deuthen, Gleiwitz, Glogau, Strehlen — Drossen, Fürstenwalde, Kalkberge — Grünhainichen — Klingenthal — Delitzsch, Salzwedel — Brinkum, Burgdamm — Ergen, Stadthagen — Vochum, Gaan, Gattingen, Mühlheim a. d. R., Rheydt, Schwelm — Alfeld, Wey, Andernach, Wubenheim, Diedenhofen, Eberbach, Fechenheim — Mitterteich — Freising, Kirchseeon — Malen, Marktredwitz, Radolfzell und Todtnau.

Zur besseren Übersicht über den unterschiedlichen Umfang der Arbeitslosigkeit fügen wir noch folgende Vergleichszahlen bei:

Monat	Zahl der Arbeitslosen am letzten Tage des Monats					Auf je 100 Mitglieder entfallen Arbeitslose					
	1904	1905	1906	1907	1908	1904	1905	1906	1907	1908	
Januar	—	2692	3256	4370	3463	Januar	—	2,58	2,47	2,87	5,81
Februar	—	1917	2313	4100	3033	Februar	—	1,81	1,72	2,68	4,80
März	—	1559	2121	3688	6529	März	—	1,44	1,56	2,45	4,43
April	—	1765	2170	3452	6754	April	—	1,61	1,54	2,32	4,62
Mai	—	1284	2127	2794	6436	Mai	—	1,16	1,48	1,87	4,39
Juni	—	1227	1916	2830	6130	Juni	—	1,08	1,33	1,56	4,18
Juli	700	1134	1612	2050	5373	Juli	0,75	1,00	1,13	1,31	3,72
August	510	901	1227	1751	4384	August	0,54	0,76	0,84	1,17	3,08
September	774	1060	1633	2575	—	September	0,76	0,87	1,11	1,72	—
Oktober	1226	1934	2399	3323	—	Oktober	1,22	1,58	1,62	2,60	—
November	1451	1914	2317	4565	—	November	1,42	1,49	1,53	3,07	—
Dezember	2732	3290	4649	8258	—	Dezember	2,72	2,52	3,08	5,53	—

